

Franz Neumann



Arbeiterkind | Sozialdemokrat | Abgeordneter

Franz Neumann

Gedenkveranstaltung des Abgeordnetenhauses
und des Senats von Berlin zum 100. Geburtstag



Franz Neumann, Vorsitzender der Berliner SPD, vor dem Schöneberger Rathaus während einer Kundgebung gegen die Gründung der DDR, 8.10.1949

Inhalt

| | |
|---|----|
| Ansprache in der Gedenkstunde Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister von Berlin | 4 |
| Ansprache in der Gedenkstunde Walter Momper Präsident des Abgeordnetenhauses | 7 |
| Tondokumentation von Manfred Rexin und Jürgen Vietig 70 Lebensjahre | 14 |
| Dokument 1945 131 Fragen zur NS-Zeit | 37 |
| Dokument 1946 Das Nürnberger Urteil und kein Schlusspunkt | 46 |
| Dokument 1946 / 1974 Zur CDU und zum „Christlichen Sozialismus“ | 50 |
| Dokument 1956 Verschundene | 52 |
| Dokument 1957 Die soziale Neuordnung Gesamtdeutschlands | 60 |
| Beitrag von Siegfried Heimann Franz Neumann und Willy Brandt | 64 |
| Würdigungen | 72 |
| Lebensdaten | 76 |
| Impressum | 80 |

Ansprache in der Gedenkstunde

Gebt dem freiheitlichen Berlin die Verschwundenen wieder!

Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von Franz Neumann (14. August) am 16. August 2004 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Originalton Franz Neumann: „... Übt Menschlichkeit und gebt den Frauen ihre Männer, den Müttern ihre Kinder, den Kindern ihre Väter oder ihre Mütter, gebt dem freiheitlichen Berlin die Verschwundenen wieder!“

Gebt dem freiheitlichen Berlin die Verschwundenen wieder! – Eine Forderung des großen Berliner Sozialdemokraten Franz Neumann. Und daraus wurde sein Vermächtnis, das das wiedervereinigte Berlin erfüllt hat.

Sehr verehrte Angehörige von Franz Neumann,
Herr Präsident des Abgeordnetenhauses,
verehrte Abgeordnete,
liebe Städtälteste von Berlin,
meine Damen und Herren,
die „Verschwundenen“, das waren in der ersten Nachkriegszeit jene Berlinerinnen und Berliner, die oft von heute auf morgen verschwanden, weil sie Demokraten waren und öffentlich demokratische Grundfreiheiten einforderten.
Dafür wurden sie unter anderem in den Lagern des KGB interniert, viele von ihnen fanden den Tod.
Die „Verschwundenen“ besaßen in Franz Neumann einen engagierten Anwalt. Er ließ nicht locker, prangerte öffentlich ihr Schicksal an und wurde zum Sprachrohr gegen Diktatur und Verfolgung.

Für Franz Neumann war die Geschichte nach 1945 nicht einfach stehen geblieben. Dazu hatte er selbst zuviel erlebt.
Franz Neumann war durch und durch Sozialdemokrat: Arbeiterkind aus



Gedenkveranstaltung im Abgeordnetenhaus von Berlin aus Anlass des 100. Geburtstages von Franz Neumann am 16. August 2004. Klaus Schütz, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin und Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin.

Friedrichshain, Schlosserlehre, Metallarbeiterverband, mit 16 in die SPD. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, da wurde Franz Neumann wie viele Sozialdemokraten verhaftet, gefoltert, ins KZ gesperrt. Franz Neumann war in jener Zeit selbst eine Art „Verschwundener“. Aber er wusste, dass man gegen Terror und Unterdrückung kämpfen muss und dass man diesen Kampf nie aufgeben darf.
Franz Neumann hat klassische sozialdemokratische Werte vorgelebt: Solidarität und Freiheit. Das war in der Nazi-Zeit so. Und davon ist er auch danach keinen Zoll abgewichen.
Im DenkOrt Hohenschönhausen fanden die sterblichen Überreste der Opfer aus einem der Berliner Speziallager des KGB ihre letzte Ruhe – darunter wohl auch manche „Verschwundene“. Ihrer zu gedenken, entspricht dem Vermächtnis Franz Neumanns.

Wir haben uns heute im Abgeordnetenhaus von Berlin zusammengefunden, um mit Franz Neumann eines Berliner Ehrenbürgers zu gedenken, dessen Leben und Wirken ganz im Dienst seiner Heimatstadt Berlin gestanden hat. Wir würdigen eine Persönlichkeit, die in der schweren

Nachkriegszeit die Geschicke Berlins maßgeblich mitgestaltet hat. Franz Neumann gehörte zu jenen, die unmittelbar nach dem Krieg die Freiheit und die Eigenständigkeit der Berliner SPD sicherten. Er kämpfte gegen den Zusammenschluss mit der KPD und stand damit an der Seite Kurt Schumachers.

Das waren dramatische Wochen damals. Die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden, in der viele Genossen eine Ursache für die Machtübertragung an die Nationalsozialisten sahen, war eine weit verbreitete Sehnsucht.

Ihr eisern zu widerstehen, die Gefahren eines Zusammenschlusses klar zu erkennen: Das war das Verdienst jener Männer und Frauen, die wie Franz Neumann mit beiden Beinen auf dem Boden der Partei standen und sich den Blick für die Realitäten bewahrt hatten.

Unvergesslich ist die Funktionärskonferenz im Admiralspalast, in der Franz Neumann mit großer Klarheit und Leidenschaft die Mehrheit im Saal für eine Urabstimmung gewinnen konnte. Während draußen sowjetische Truppen das Gebäude umstellt hatten.

Den Zusammenschluss von SPD und KPD in den Westsektoren verhindert zu haben, das war vielleicht sein größter Sieg. Franz Neumann ist es wesentlich zu verdanken, dass die SPD in den drei Westzonen am Leben blieb.

Als Landesvorsitzender der Berliner SPD prägte er dann entscheidend die Entwicklung unserer Stadt mit.

Das Eingangszitat weist auf einen ganz wesentlichen Charakterzug Franz Neumanns hin: Er lebte und arbeitete im wahrsten Sinne des Wortes für die Menschen. Der Mensch, sein Schicksal, sein Wohlergehen waren wesentliche Triebfedern seines Wirkens.

Das hat ihn nicht vor mancher Niederlage bewahrt. Aber zugleich hat sich Franz Neumann eine Unbeirrbarkeit und Energie bewahrt. Allein im Deutschen Bundestag hat er zwei Jahrzehnte lang von 1949 bis 1969 für die Interessen Berlins gewirkt.

Weit länger noch war er mit der Arbeiterwohlfahrt verbunden. 1946 gehörte er zu den Mitbegründern der AWO in Berlin und 1970 wurde er zum AWO-Vorsitzenden gewählt.

Heute vor zwei Tagen wäre Franz Neumann hundert Jahre alt geworden. Wir gedenken eines großen Berliners.



Franz Neumann, Ernst Reuter bei der Kundgebung auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude am Nachmittag des 26.8.1948.

Ansprache in der Gedenkstunde

Was Berlin heute ist, haben wir auch Franz Neumann zu verdanken

Ansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper, in der Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von Franz Neumann am 16. August 2004 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Mit dem Gedenken an Franz Neumann verbindet sich der Rückblick auf eine bewegte und prägende Epoche der Berliner Nachkriegsgeschichte.

Die Ansprache des Regierenden Bürgermeisters und die vorzügliche und eindrucksvolle Tondokumentation von Manfred Rexin und Jürgen Vietig haben einen sehr anschaulichen Eindruck jener Zeit vermittelt.

Für junge Menschen heute dürfte es kaum vorstellbar sein, wie schwierig damals die Rahmenbedingungen und wie groß die Aufgaben waren, vor denen die politisch Verantwortlichen, aber auch alle anderen Berlinerinnen und Berliner standen. Der Neuanfang nach einem Krieg, der von Deutschland ausgegangen war und der unser Land in Schutt und Asche gelegt hatte, - dieser Neuanfang war eine beispiellose Herausforderung.

Hinzu kamen die sich anbahnenden, aber noch nicht sichtbaren Veränderungen im Verhältnis der vier Siegermächte zueinander. Es kamen die Monate und Jahre, in denen aus Bündnispartnern politische Gegner wurden: das Entstehen der Ost-West-Konfrontation. Und Berlin wurde zum Zentrum dieser Konfrontation. 1945 und 1946 allerdings arbeiteten die vier Siegermächte in Berlin und Deutschland noch gut zusammen. Kein Deutscher konnte auf die Unterstützung der anderen Siegermächte hoffen, wenn er sich gegen die Interessen einer Siegermacht wandte.

Im Zeichen der kommenden weltpolitischen Veränderungen wurden allerdings auch und gerade in Berlin Weichen gestellt und Pflöcke gesetzt. Das geschah manchmal eher unauffällig, auf östlicher Seite manchmal aber auch mit ungenierter Offenheit.

Stalin und die Sowjets und ihre deutschen Helfer arbeiteten mit großer Subtilität, wenn ihnen dies erfolgversprechend schien. Sie wussten Stimmungen und Begeisterung für langgestrebte Ziele und Ideale für ihre Zwecke zu nutzen. Wenn es taktisch passte, machten sie sich für begrenzte Zeit die Überzeugungen und Ziele ihrer politischen Gegner zu eigen, um Vertrauen zu gewinnen und Mehrheiten für Entscheidungen herbeizuführen, die später verändert oder in ihr Gegenteil verkehrt werden konnten. Man denke nur daran, welche Bedeutung für die Deutschen in jener Zeit der in Treptow in Stein gemeißelte Stalin-Spruch „Die Hitlers kommen und gehen – das Deutsche Volk aber

bleibt“ erlangte. Oder wie musterdemokratisch der Aufruf der KPD zur Neugründung als Partei im Juni 1945 war.

Oft genug waren derartige politische Schachzüge erfolgreich - manchmal aber auch nicht, weil sie von einzelnen durchschaut und entlarvt wurden.

Franz Neumann war einer derjenigen, die die politischen Strategien von Sowjets und Kommunisten zu einem historisch ganz frühen Zeitpunkt durchschauten, als eine der wichtigsten Entscheidungen der deutschen Nachkriegsgeschichte getroffen wurde: die Entscheidung über die von den Kommunisten gewünschte Fusion von KPD und SPD zu einer „Sozialistischen Einheitspartei“.

Zu den Herausforderungen beim Neubeginn hatte gleich nach Kriegsende in Berlin der Kampf um Bürgerfreiheiten und Menschenrechte gehört. Dieser Kampf dokumentierte, dass die Deutschen eben kein Volk mehr sein wollten, das Befehle und Anordnungen ohne zu fragen befolgte. Das Ringen um Freiheit und Menschenrechte zeigte, dass Teile unseres Volkes die Chance der Demokratie nutzen wollten, die ihm die Sieger versprochen hatten. Die sowjetische Seite und ihre deutschen Helfer arbeiteten mit Druck, mit Drohungen und Verlockungen, um eine freiheitlich-demokratische Entwicklung zu verhindern oder zumindest einzugrenzen.

Erst wollte die KPD nach der Neugründung im Sommer 1945 keine enge organisatorische Zusammenarbeit oder einen Zusammenschluss mit der SPD, obwohl das als das Vermächtnis aus der Gemeinsamkeit in den Lagern und im Widerstand galt, wie das Buchenwalder Manifest zeigt. Die KPD fühlte sich überlegen. Nach den für die Kommunisten nicht erfolgreichen Wahlen in Ungarn und in Österreich schaltete sie um: Mit dem jetzt angestrebten Zusammenschluss von KPD und SPD sollte der alte Traum einer machtvollen Bündelung der beiden Arbeiterparteien realisiert werden. Mit diesem „Traum“ setzte man sich damals leidenschaftlich auseinander: wenige Monate nach dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, die jeder Deutsche erst einmal verarbeiten und in sein eigenes Geschichts- und Weltbild einfügen musste.

Hätte nicht - so fragte man damals und später immer wieder -, hätte nicht 1933 ein Bündnis der Arbeiterparteien die Weimarer Republik vor dem Untergang bewahren können? Stattdessen sahen die Kommunisten in

der Weimarer Zeit die SPD als ihren Hauptfeind an, und die Abneigung der Sozialdemokraten gegen die stalinisierte KPD entsprach dem.

Hätte damals (1933) ein Zusammengehen beider Parteien die Situation retten können? Franz Neumann glaubte daran nicht, wie heute auch in der Tondokumentation zu hören war. Dabei war auch Franz Neumann, dem Linken aus Herkunft und Überzeugung, der kühne Traum von einem Zusammenschluss der Linken, der Einheit der Arbeiter in einer großen demokratischen Einheitspartei, nicht fremd. Aber Franz Neumann und mit ihm Curt Swolinsky, Karl J. Germer, Klaus-Peter Schulz und die anderen Berliner Sozialdemokraten erkannten 1945/46 sehr früh: Was da mit sowjetischem Beistand als „Sozialistische Einheitspartei“ etabliert werden sollte, war der Versuch, die Sozialdemokraten einem kommunistischen Diktat zu unterwerfen. Die Ideen eines demokratischen und freiheitlichen Sozialismus sollten der kommunistischen Ideologie unterworfen werden.

Die Diskussion um den von Pieck und Ulbricht gewünschten Zusammenschluss begann im Dezember 1945. Erst am 14. Februar 1946 trafen sich bei Curt Swolinsky zum ersten Male ein Dutzend Berliner Sozialdemokraten, die den Kurs des Zentralausschusses und Grotewohls nicht mitmachen wollten. Sie repräsentierten zu dem Zeitpunkt eine starke Minderheit, aber eben keine Mehrheit innerhalb der Berliner SPD.

Politischer Höhepunkt der Diskussion war die historische Funktionärskonferenz der Berliner SPD am 1. März 1946 im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße, der schon aus diesem Grunde ein historischer Ort ist und zu Recht zum Denkmal erklärt wurde. Es müssen dramatische Stunden gewesen sein: innen eine leidenschaftliche Redeschlacht, draußen sichtbar viel sowjetisches Militär. Im Saal 2.000 Funktionäre der Berliner SPD, eine sehr lange Rede von Otto Grotewohl von 2 Stunden Dauer für den Zusammenschluss beider Parteien. Der Widerstand aus den Reihen der Funktionäre kommt durch Zwischenrufe und Unruhe zum Ausdruck. Die Gegner der Vereinigung sprechen, angeführt von Karl J. Germer. Dann Franz Neumann: mit der Warnung vor kommunistischer Umarmung, vor der Einverleibung der SPD durch die KPD. Franz Neumann mit der in der Reinickendorfer SPD beschlossenen Forderung nach einer Urabstimmung, der Befragung aller rund 66.000 SPD-



Vorbereitung zur Urabstimmung, März 1946

Mitglieder in Berlin. Das war zwar im Statut nicht vorgesehen, man konnte aber schlecht etwas dagegen sagen.

Dies war - über Berlin hinaus - eine Schicksalsstunde der deutschen Politik. Franz Neumann hat sie zu seiner Stunde gemacht. Die Entscheidung, die er durchsetzte, war eine Grundentscheidung seiner Partei, der SPD, und der Politik in Deutschland generell. Franz Neumann hat in diesen Stunden im Admiralspalast Geschichte gestaltet. Er hat damals mehr politische Weitsicht besessen als viele seiner Zeitgenossen. Dem idealistischen Wunsch nach Einheit der Arbeiterparteien hat er politische Realität und Erfahrung entgegengesetzt.

Er hat die Mehrheit der Funktionäre überzeugt und im Admiralspalast die Urabstimmung gegen Otto Grotewohl und den Zentralausschuss der SPD durchgesetzt. Sie konnte dann am 31. März 1946 nur in den drei Westsektoren stattfinden, weil sie für den Ostteil Berlins durch die sowjetische Militäradministration verboten wurde.

Bei der Urabstimmung lehnte die große Mehrheit der West-Berliner SPD-Mitglieder die Verschmelzung mit der KPD ab. Zugleich sprach sich aber die Mehrheit auch für die Zusammenarbeit zwischen beiden voneinander unabhängigen Parteien aus. Immerhin war der Gruppe um Franz Neumann, Curt Swolinsky und Karl J. Germer der neu lizenzierte „Tagesspiegel“ bei der Verbreitung ihrer Kritik an der Vereinigung zu Hilfe gekommen. Die offiziellen Medien (Berliner Rundfunk, Das Volk, Tägliche Rundschau) stehen der Opposition nicht zur Verfügung. Im



Admiralspalast 1940

Februar hatte es auch ein erstes Gespräch mit Kurt Schumacher als dem Vertreter der Westzonen-SPD gegeben, der die Vereinigung ablehnte, weil sie die Spaltung Deutschlands vertiefen würde. Im März traf man zum ersten Mal auch mit westalliierten Offizieren und Presseleuten zusammen, um sie über die laufende Auseinandersetzung zu informieren. Von Hilfe und Unterstützung durch die Westalliierten konnte aber noch keine Rede sein.

Die Urabstimmung am 31. März 1946 gehört zu den wichtigsten Weichenstellungen der Berliner Nachkriegsgeschichte, die der Blockade und der Luftbrücke voranging. Man stelle sich vor, wie die politische Entwicklung verlaufen wäre, wenn damals auch in den Westsektoren Berlins die KPD die SPD „in den Griff bekommen“ und „geschluckt“ hätte, was ja ohne Zweifel das strategische Ziel der angestrebten Fusion war.

Die Westalliierten hätten dann auf ihrem Territorium die „Sozialistische Einheitspartei“ stalinistischer Prägung als bestimmende politische Kraft in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat gehabt. Dieser Einvernahme wären die übrigen Parteien womöglich nachgefolgt und und zu Blockparteien geworden, wie in der sowjetische besetzten Zone auch. Mit dem Widerstand gegen die Zwangsvereinigung ist der Grundstein für das freie Berlin gelegt worden. Darauf konnte aufgebaut werden.

Die Urabstimmung am 31. März 1946 gehört zu den wichtigsten Weichenstellungen der Berliner Nachkriegsgeschichte, die der Blockade und der Luftbrücke voranging. Man stelle sich vor, wie die politische Entwicklung verlaufen wäre, wenn damals auch in den Westsektoren Berlins die KPD die SPD „in den Griff bekommen“ und „geschluckt“ hätte, was ja ohne Zweifel das strategische Ziel der angestrebten Fusion war.

Das muss man sich einmal bewusst machen, wenn es darum geht, einzuschätzen, was Franz Neumann für Berlin getan hat. Er steht damit von seiner politischen Bedeutung her und mit seinen Verdiensten um die Stadt in einer Reihe mit den Großen der Berliner Nachkriegszeit: mit Ernst Reuter, Otto Suhr und Louise Schroeder.

Franz Neumann hat es sich selbst und seinen Zeitgenossen, auch seinen Freunden nicht immer leicht gemacht. Er war kantig, konsequent und beharrlich. Er war von Jugend auf überzeugter Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Mit seiner Überzeugungstreue geriet er in Konflikt mit den Nationalsozialisten, arbeitete illegal für seine Partei, wurde verhaftet und gefoltert. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde er zu einer einhalbjährigen Strafe verurteilt. Doch er war und blieb ein Mann des Widerstands gegen den Nationalsozialisten. Auch deshalb gebührt ihm unsere Hochachtung.

Zur Überzeugungstreue im Grundsätzlichen gehörte bei Franz Neumann auch das beharrliche Festhalten an den eigenen politischen Auffassungen, das ausgeprägte Selbstbewusstsein und die Fähigkeit zur Härte im politischen Alltag. Zu den Merkmalen seines politischen Handelns gehörten Spontaneität, Intuition und auch ein gehöriges Maß an draufgängerischem Mut. So konnten die Schwierigkeiten und Konflikte des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Franz Neumann mit den damaligen Regierenden Bürgermeistern Ernst Reuter, Otto Suhr und mit Willy Brandt nicht ausbleiben. Die Konflikte wurden in kaum mehr vorstellbarer Härte ausgetragen.

Franz Neumann hat Konflikte ausgefochten, wenn er dies für erforderlich hielt, - und das war oft der Fall. Er war dann hart und konsequent, auch wenn es ihm selbst und seiner politischen Position schadete. Aber es ging ihm immer um die Sache Berlins und um die Zukunft unserer Stadt.

Zu Recht hat ihm Berlin 1971 die Ehrenbürgerwürde verliehen. Zu Recht sind später ein Platz in Reinickendorf und eine U-Bahn-Station nach ihm benannt worden.

Berlin ist gut beraten, Männer wie Franz Neumann nicht zu vergessen. Wo wären wir heute, wenn sich Franz Neumann damals im Admiralspalast nicht durchgesetzt hätte? Es lohnt sich, darüber nachzudenken.

Was Berlin heute ist, - die wieder vereinigte Hauptstadt eines wieder vereinigten Landes -, was Berlin heute ist, haben wir auch Franz Neumann zu verdanken.



Franz Neumann, 1972

Tondokumentation

Siebzig Lebensjahre

Von Manfred Rexin und Jürgen Vietig

Am Nachmittag des 18. März 1948 versammelten sich auf dem Platz der Republik vor der ausgebrannten Ruine des Reichstages annähernd 80.000 Berliner, um an den hundertsten Jahrestag der deutschen Revolution von 1848 zu erinnern. Sie folgten der Einladung dreier Parteien – der Sozialdemokraten, der Christlichen Demokraten und der Liberaldemokraten. Ernst Reuter, der von den Stadtverordneten gewählt, aber noch durch sowjetischen Einspruch an der Übernahme seines Amtes gehinderte Oberbürgermeister Berlins, leitete die Kundgebung:

O-Ton Kundgebung 18. 3. 1948 (4'02"):

(Beifall, eingeblendet). Reuter: „Meine Freunde, ich gebe das Wort dem Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unserem Freunde Franz Neumann.“ (Beifall) Neumann: „Berlins freiheitliche Bevölkerung hat sich an historischer Stätte versammelt, um des Tages vor 100 Jahren, um des 18. März 1848 zu gedenken. Hundert Jahre sind auch in unserer schnelllebigen Zeit ein langer Abschnitt. Dennoch sind wir erstaunt, wie zeitnahe heute die Forderungen der kämpfenden Generation von vor hundert Jahren sind. Damals ging der Blick nicht über ein Trümmerfeld. Damals war hier alles Tiergarten – und dort drüben hinter Kroll waren die ‚Zelten‘. Das Brandenburger Tor war auch vor hundert Jahren – wie heute – Grenze, damals Grenze der Stadt. Beim ersten Vergleich ist die Zeit von 1848 bis heute überbrückt, und wir sehen, dass die Forderungen von damals immer noch aktuell sind und dass alles getan werden muss, um sie zu verwirklichen.

Als 1918 hier von diesem Hause durch Philipp Scheidemann die demokratische Republik ausgerufen wurde, war der Aufstieg der Presse bis zu jenem Tag gesichert, als die Brandstifter Hitlers diesen stolzen Bau in Brand steckten. Auch die Freiheit der Presse ging in jener Nacht des 28. Februar verloren, um nach mehr als zwölf Jahren

mit schüchternen Versuchen zu beginnen. Das Gleiche gilt für die Redefreiheit, die heute stärker als vor hundert Jahren eingeengt ist. Dort drüben am Brandenburger Tor endet sie heute für die Vorsitzenden und viele Funktionäre der demokratischen Parteien (Pfu-Rufe). Dort, wo der sowjetische Sektor beginnt, ist noch sehr viel zu tun, um die Verheißungen und Versprechungen zu erfüllen, die wir einmal still und heimlich aus den Sendungen des Moskauer Rundfunks entnehmen konnten, und heute rufen wir laut und vernehmlich, dass es über die Sektorengrenze schallt : Wir fordern Pressefreiheit (Zustimmung), wir fordern Redefreiheit (Zustimmung), wir fordern Amnestie aller Verurteilten und Verfolgten. Übt Menschlichkeit und gebt den Frauen ihre Männer, den Müttern ihre Kinder, den Kindern ihre Väter oder ihre Mütter, gebt dem freiheitlichen Berlin die Verschwundenen wieder!" (Beifall)

Wer die Lebensgeschichte Franz Neumanns an seinem hundertsten Geburtstag skizzieren will, kann ihn über eine weite Strecke selbst zu Wort kommen lassen: Seine Stimme ist auf Platten und Tonbändern erhalten geblieben. Und am Ende seines Lebens hat er seine Geschichte einem Journalisten erzählt – in einem langen Interview für den



Eltern von Franz Neumann



Jugendfoto von Franz Neumann

Südwestfunk Baden-Baden mit Jürgen Vietig. Franz Neumann war in seinem letzten Lebensjahr von schwerer Krankheit gezeichnet – seine Stimme aber wirkte unverändert frisch. Das Gespräch mit ihm hat der Interviewer allerdings an vier aufeinanderfolgenden Tagen in einem karg möblierten Büro im Haus der Berliner Arbeiterwohlfahrt auf Tonband aufgenommen, um es in einer einstündigen Sendefassung wiedergeben können. Erinnerungen an eine Kindheit in einem Berliner Arbeiterbezirk:

Neumann-Interview (2'11") :

„Ich bin ein echtes Berliner Kind, im Verwaltungsbezirk Friedrichshain 1904 geboren und dort groß geworden. Ich bin Berlin immer treu gewesen, selbst in der schlimmsten Zeit meiner Verhaftungen, dann habe ich nur innerhalb der Berliner Verwaltungsbezirke in den verschiedensten Anstalten gesessen. Mein Vater kommt aus Schlesien, meine Mutter aus der Neumark. Wir haben in Stube und Küche parterre gewohnt, also sechs Menschen in einem Zimmer, in einem großen Berliner Zimmer, gewohnt und geschlafen. Ich habe das Glück gehabt, einen Vater zu haben, der mir sehr viel beigebracht hat. Ich habe eine Mutter gehabt, die sich allen vier Kindern ganz intensiv widmete, und habe das Glück gehabt, einige Lehrer und auch meinen Rektor Paul Sonntag zu haben, der mich schon als Zehnjährigen aus seiner Klasse herausfischte. Und dann waren wir ein halbes Dutzend Lieblingsschüler, die von ihm privat in der Stenografie unterrichtet wurden. Paul Sonntag, das war der Vorsitzende des Stenografen-Bundes Berlin. Und er holte sich seine Schüler, von denen er glaubte, sie erfassten es, dann zu einem Privatunterricht. Und so ist es gekommen, dass nachher der junge Schlosser auch perfekt Stenografie schreiben konnte.

Der Vater war gewerkschaftlich organisiert. Der Vater hatte den ‚Vorwärts‘ abonniert. Als ganz kleines, noch nicht schulpflichtiges Kind bin ich mit dem Vater einmal in den Friedrichshain gegangen. Eine ungeheure Menschenmenge war dort. Das interessierte mich : Fahnen und Reden, und Vater sagte mir dann später, das wäre noch eine Kundgebung mit August Bebel gewesen.“

14jährig wurde Franz Neumann als Schlosserlehrling Mitglied des Metallarbeiterverbandes, 1919. Ein Jahr später trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD bei. 1920 wurde er, der sich zur „Mehrheitssozialdemokratie“ bekannte, Vorsitzender der Berliner Metallarbeiterjugend – das war durchaus nicht selbstverständlich in einer Organisation, in der zunächst Kommunisten und Vertreter der USPD tonangebend waren. Sein gewerkschaftliches und politisches Engagement brachte ihn in Konflikt mit seinen Arbeitgebern.

Neumann-Interview (2'35") :

„Ich bin am 1. Mai 22 noch entlassen worden, als Jung-Geselle, weil ich - der einzige aus einem kleinen Betrieb in der Rüdersdorfer Straße im Osten Berlins – den 1. Mai 22 gefeiert habe. In Großbetrieben war das überhaupt nicht möglich zu dieser Zeit. Wir haben durch die Volksbeauftragten 1918 zwar den gesetzlich festgelegten Acht-Stunden-Tag gehabt, aber in der Krise 22 und 23 ging dieser Acht-Stunden-Tag wieder verloren. Und meine zweite Arbeitsstelle in der Frankfurter Allee bei einem ganz ‚kleinen Krauter‘ habe ich verloren, weil ich einfach darauf bestand, in der Woche 48 Stunden Arbeitszeit nicht zu überschreiten. Ich habe zwar, wenn es notwendig war, an einem Tag länger gearbeitet, immer die Schwierigkeit, meine Schulzeit – ich bin fünfmal abends in die Berufsfachschule, Handwerkerschule gegangen – doch benutzen zu können. Aber der Mann hat einfach gesagt: ‚Ein junger Geselle, der nicht länger arbeitet, der ist für mich nicht tragbar.‘ Obwohl die Leistungen bei mir durchaus – meiner Ansicht nach – erträglich waren. Und ich habe immer selbstständig arbeiten können. Auch schon zu jener Zeit.“

Ich habe seit 1925 die Deutsche Hochschule für Politik – im Schinkel-Bau an der Museumsinsel – besucht. Und daher rührte auch meine Freundschaft mit dem ersten Bundespräsidenten, Prof. Theodor Heuss. Damals – die erste Vorlesung, die ich besuchte, Arbeitsrecht, Prof. Kasse. Ja, da ließ mich der Direktor der Hochschule, Theodor Heuss, kommen. Er wollte wissen, warum ein Schlosser hier Vorlesungen bei ihm hat – Arbeitsrecht. Ich habe ihm das erklärt. Und als wir uns dann nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn wieder trafen, da erinnerte er sich dieses Gespräches mit dem jungen Schlosser Franz Neumann.“

In den 20er Jahren war Franz Neumann vor allem in der Gewerkschaftsjugend aktiv – und Jugendarbeit wurde zu seinem Haupt-Beruf.



Gertrud und Franz Neumann am 19.10.1929

Neumann-Interview (44"):

„Das war ja die Zeit der großen Arbeitslosigkeit. Dann gab es im Prenzlauer Berg die ‚Werkstätten für arbeitslose Jugendliche‘. Und dort bin ich dann der pädagogische Heimleiter und technischer Leiter für Metall geworden und habe diese Tätigkeit dann hauptberuflich ausgeübt bis zu meiner Entlassung aufgrund des berühmten Paragraphen 4 des Gesetzes zur ‚Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘. Ich habe dann ja mein Staatsexamen in der Zwischenzeit gemacht, wurde entlassen, und 1933 trat dann an meine Stelle ein nicht-examinierter Hitler-Mann.“

Im Berliner Bezirk Reinickendorf – in der Wohnsiedlung „Freie Scholle“ – lebte er. Dort wählten ihn seine politischen Freunde zum SPD-Abteilungsvorsitzenden. Sie ermunterten ihn schließlich auch zur Kandidatur für die Bezirksverordnetenversammlung - zu einer Zeit, in der die Republik von Weimar allerdings schon von ihren Feinden auf der politischen Rechten im Kern bedroht war.



Zweite SPD-Kundgebung im Lustgarten vor dem Dom in Berlin Mitte, 1930

Neumann-Interview (2'25"):

„Ich bin mit einigen aus der Freien Scholle in das Reichsbanner eingetreten und war dort bis zum Schluss aktiv tätig. Wir haben Versammlungsschutz gemacht. Wir haben uns auch herumgeprügelt. Das ist selbstverständlich in dieser Zeit gewesen. Und wir haben Erfolge gehabt und Misserfolge. Die größte Enttäuschung für uns junge Menschen war am 20. Juli 1932: Das Reichsbanner hat in Alarmbereitschaft gelegen und glaubte, durch die Berliner Polizei mit eingesetzt zu werden zur Verteidigung der Republik. Dass die Vorgänge, wie sie dann abliefen, uns unendlich enttäuscht haben, das ist verständlich. Wir glaubten tatsächlich, dass es mit Hilfe der preußischen Polizei, der preußischen Behörden und der großen Gewerkschafts- und Parteibewegung möglich gewesen wäre, dann doch den Nazis einen großen, starken Damm entgegenzusetzen zu können. Dass das nicht geschah, das hat für manchen die Lust an der Politik verleidet. Ich selbst bin aber aktiv immer weiter geblieben. Es ist im November 1932 gewesen, als ich dann in Reinickendorf auf die Wahlliste – die Wahl war zum 12. März 1933 festgesetzt worden – kam. Ich war der 7. auf der Liste, für einen jungen Menschen ein hervorra-

gender Platz. Als der 12. März 1933 aber kam, war ich der Spitzenkandidat, denn die sechs vor mir hatten schon auf die Wahl verzichtet. Eine Müdigkeit, eine Enttäuschung – ‚wir schaffen es doch nicht mehr‘ - die war ziemlich stark, und es waren wenige, die dann auch nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei ihren Ideen die Treue hielten.“

Der erwähnte 12. März 1933 war der Tag der preußischen Kommunalwahl - eine Woche nach der Reichstagswahl, bei der am 5. März die Nationalsozialisten im Verein mit den Deutschnationalen eine Mehrheit der Mandate im deutschen Parlament gewannen.

Hätte ein breites Bündnis der Linken die Republik davor bewahren können? Franz Neumann hegte keine Illusionen.

Neumann-Interview (55"):

„Die Kommunisten haben in der Sozialdemokratie den Gegner, den Hauptgegner gesehen, die ‚Sozialfaschisten‘. Ich entsinne mich vieler Versammlungen, wo diskutiert wurde, wo versucht wurde zu sprengen. Wir haben das ja bei uns in Reinickendorf niemals so weit kommen lassen. Ich glaube nicht, dass ein Zusammengehen von KPD und SPD damals die Situation hätte retten können, denn die Kommunisten, die ja in Berlin besonders stark waren, die ja stärker waren als die Sozialdemokraten, die hatten ihre Massen so stark gegen die SPD angefeuert, das wären die Verräter. Das kann man nicht so schnell, auch wenn die Situation nun einmal nach dem 30. Januar 33 kritisch gewesen ist, umschalten.“

Auf das, was nun kam, waren Franz Neumann und seine Freunde nicht vorbereitet – ein Leben in der Illegalität. 1933 suchte er, Chancen des Widerstandes gegen das NS-Regime auszuloten – ein mühsames Ertasten politischer Arbeit unter gänzlich veränderten Bedingungen.

Neumann-Interview (2'39"):

„Diese Arbeit fand in einem geringen Maße statt. Elitäre Gruppen waren das bloß. Im Allgemeinen war ja zuerst wenig Widerstand da. Aber wir organisierten – wir, die Jüngeren. Als am 22. Juni dann die Hauptfunktionäre verhaftet wurden, waren wir allein auf uns gestellt. Ein Teil der Führung war ja ins Ausland gegangen. Und wir hatten schon eine illegale Organisation aufgezogen. Wir – das war keine zentrale Organisation. Wir hatten Beziehungen über ganz Berlin. Aber es gab

auch andere Gruppen, die auch über Berlin ihre Organisation gezogen hatten. Wir bezogen den ‚Vorwärts‘, den ‚Neuen Vorwärts‘ aus Prag. Wir hatten andere Zeitungen. Wir hatten Querverbindungen der illegalen Gruppen untereinander. Und dadurch waren die Verluste durch die Verhaftungen im Anfang auch so schwer, weil vielleicht der eine oder andere doch von den Nazis in diese illegalen Organisationen geschmuggelt war.“

Vietig: „Zu den Verhafteten gehörten auch Sie?“

Neumann: „Ja, ich hatte das Glück, dass ich einer verkehrten Gruppe zugeordnet wurde. Aber ich hatte auch schwere Belastungen bei der Gestapo-Zentrale, so dass ich schwersten Misshandlungen – mit einigen anderen – ausgesetzt war. Die Gesundheit ist also für das ganze Leben dann gestört worden. Wir waren trotz unserer Verhaftungen guten Mutes. Wir glaubten doch daran, dass wir – die Jüngeren – das überstehen würden. Für einen Menschen, der nicht 28 oder 30 ist, ist es ja viel schwerer als für uns Junge dann, ein solche schwere Zeit in der Prinz-Albrecht-Straße – in der Gestapo-Zentrale – oder im Columbia oder im Lager Brandenburg zu überstehen. Berlin ist immer eine Stadt des Widerstandes gewesen: In dieser Stadt sind ja in Plötzensee mehr als zweitausend der edelsten Menschen zum Schafott geführt worden. Und dann erinnere ich mich immer noch der roten Plakate, die überall angebracht wurden, dass dieser oder jener hingerichtet wurde. Aber der Widerstand blieb“.

Im Juli 1934 verurteilte ihn das Berliner Kammergericht wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer anderthalbjährigen Haftstrafe. Die Folgen brutaler Verhöre und der Haft waren bleibende Gesundheitsschäden. Sie bewahrten ihn während der Kriegsjahre davor, Soldat werden zu müssen, nachdem der NS-Staat ihn zunächst als „wehronwürdig“ eingestuft hatte. Arbeit fand er im Betrieb eines ehemaligen „Stahlhelm“-Mannes. Die Gestapo, die Geheime Staatspolizei, hielt ihn unter Aufsicht – bis zum Ende des NS-Regimes.

1945 gehörte der Vierzigjährige zu den Mitbegründern der Berliner Sozialdemokratie – er war dabei, als die Überlebenden am 17. Juni 1945 in einem halbzerstörten Saal – im „Deutschen Hof“ in der Luckauer Straße – zusammenkamen. Dieses ersten Treffen von Berliner Sozialdemokraten nach dem Ende von Hitlers Diktatur und Krieg blieb jenen, die daran teilnahmen, in der Erinnerung als unauslöschlicher Moment eines Neuanfangs.

Franz Neumann gehörte in den ersten Monaten nach Kriegsende noch nicht zu den stadtwweit bekannten Sozialdemokraten. Er gewann Ansehen und Profil, als im Spätherbst jenes ersten Nachkriegsjahres die aus Moskau heimgekehrte Führung der KPD im Verein mit der Sowjetischen Militäradministration die Weichen zur Gründung einer Sozialistischen Einheitspartei stellte. Kurt Schumacher, der führende Kopf der Sozialdemokraten in den Westzonen sagte von ihr, sie werde nichts anderes sein, als die alte KPD unter neuem Namen.



Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD und Franz Neumann, Vorsitzender der SPD Berlin während einer Wahlkundgebung in der „Neuen Welt“ in Berlin-Kreuzberg, 16.10.1946

Zu Schumacher und zu den Repräsentanten der sich im Westen formierenden SPD ließen sich nur mühsam Kontakte knüpfen, wie Franz Neumann ein Vierteljahrhundert später in einem Rundfunk-Interview berichtete:

Neumann-Interview / Lutz Meunier im RIAS am 31. 3. 1971 (3'54"):

„Wenn man heute der Generation sagt, was Kontakte waren, das glaubt sie ja nicht. Wir hatten kaum ein Telefon, wir hatten kaum Eisenbahnverbindungen, die Post funktionierte nicht richtig und trotzdem haben wir die Verbindung zum Westen gesucht. Wir haben geglaubt, dass eine einheitliche Sozialdemokratische Partei für das ganze Deutschland geschaffen werden sollte und wehrten uns dagegen, dass nur im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei in der sowjetisch besetzten Zone oder in den Westzonen derartige Organisationen geschaffen werden sollten ...

Wir haben die Verbindung nach dem Westen gesucht. Wir waren allein, denn im Gegensatz zur sowjetisch besetzten Zone gab es in den westlichen Zonen viel, viel später die Genehmigung zur Gründung demokratischer Parteien ... Hier haben wir tatsächlich die KPD, die SPD, die CDU und die LDP im Juni und Juli 1945 gründen können, und die Sozialdemokratische Partei war sehr bald die stärkste ...

Als die Kommunisten am 10. Juni 1945 ihren Parteaufbruch herausbrach-

ten, da waren tatsächlich Sätze drin geschrieben, die jeder unterstreichen kann: ‚Wir Kommunisten sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.‘

Das konnte jeder unterschreiben. Wir waren sprachlos, als wir an den Schildern, an den Stellschildern auf einmal diesen Aufruf lasen, so etwas stand ja in diametralem Gegensatz zu dem, was die Kommunisten bis 1933 gesagt hatten.“

Meunier: ‚Sie glaubten, damit sei nun eine Basis gegeben, um die alten Gegensätze einfach zu ignorieren?‘

Neumann: ‚Viele glaubten das, aber die Wirklichkeit sprach dagegen. Wir waren skeptisch gegenüber dem, was die Kommunisten in der Theorie sagten, in der Praxis aber widerlegten.

Im Anfang war es unter der Führung des früheren Sozialdemokraten Max Fechner wirklich ein nicht kleiner Kreis, der den Versuch machte, mit den Kommunisten ins Gespräch zu kommen, aber Pieck Vater und Pieck Sohn oder gar Ulbricht ließen sich nicht sprechen. Sie glaubten, dass einfach der Zulauf für ihre Partei so groß wäre, dass die Sozialdemokraten keine politische Bedeutung erlangen würden.“

Meunier: ‚Das war nicht der Fall?‘

Neumann: ‚Das war nicht der Fall! Ich entsinne mich einer großen Kundgebung in der Neuen Welt am 14. September 45. Damals sagte Otto Grotewohl uns allen, wir sollten nicht so kritisch sein, in der kommunistischen Führung wäre der gute Wille der Zusammenarbeit. Wir machten auf die Zahlen aufmerksam, auf die Tatsachen aufmerksam: Wie sind hier die Bezirksämter besetzt, wie sind alle wichtigen Funktionen besetzt?‘

Meunier: ‚Und das sprach dagegen.‘

Neumann: ‚Und das sprach leider dagegen.‘

Es gibt ein sehr viel älteres Ton-Dokument aus den Monaten des großen Streites um die Selbstbehauptung der Berliner Sozialdemokratie – auf Wachsplatten mitgeschnitten, eine vierstündige Tonaufnahme der Funktionärskonferenz im Berliner Admiralspalast am Vormittag

des 1. März 1946. Der von den Sowjets kontrollierte „Berliner Rundfunk“ ließ jene dramatische Debatte im Admiralspalast – dem späteren Metropol-Theater – mitschneiden, verbreitete die Tonaufnahme aber anschließend nicht. Das Tondokument blieb 45 Jahre lang unter Verschluss und wurde erst nach der Auflösung des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR – nach der Vereinigung – zugänglich.

Neumann am 1. 3. 1946 im Admiralspalast (1'07"):

„Genossinnen und Genossen! Als ich vorhin hier an das Rednerpult trat, wollte ich alle Genossinnen und Genossen bitten, den Versuch zu machen, die Leidenschaft zurückzuhalten und den Versuch zu unternehmen, nur rein die Vernunft hier walten zu lassen. Ich kann wohl verstehen, wenn hier die Wogen hochgehen und ich weiß auch, dass es ausschließlich die Schuld derer ist, die heute die Leitung der Partei und die Leitung des Zentralorgans der Partei vertreten. Das, was heute hier an Explosion herauskommt, das ist aufgestaut während der letzten zwei Monate und konnte sich nicht irgendwie Luft machen.“ (Beifall)

Noch bis in die Dezember-Tage vor der Jahreswende 1945/46 hinein hatten die meisten Mitglieder der Partei in der Viersektoren-Stadt geglaubt, der Zentralausschuss der Berliner SPD unter dem Vorsitz Otto Grotewohls werde das Votum eines – wie man damals noch sagte – „Reichsparteitages“ abwarten, also eine demokratisch legitimierte Entscheidung für alle vier Besatzungszonen herbeiführen, jedenfalls keinen hastigen Beschluss für das sowjetische Besatzungsgebiet.

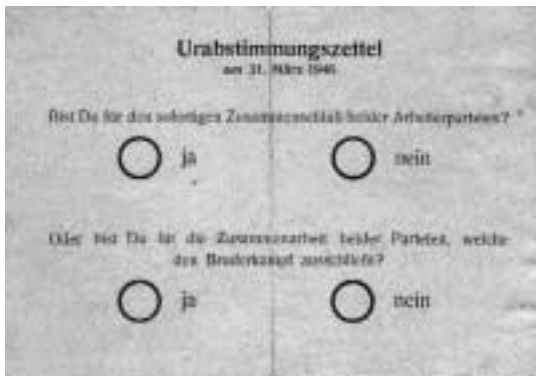
Nach dem undurchsichtigen Verlauf der sogenannten Sechziger-Konferenz – je 30 Abgesandte der SPD- und der KPD-Führung, unmittelbar vor Weihnachten – war der Ruf nach einer Befragung aller Mitglieder zu vernehmen – Urabstimmung!

Etwa zweitausend Funktionäre der Berliner SPD versammelten sich im Admiralspalast neben dem Bahnhof Friedrichstraße – rund um das Gebäude zeigten die Sowjets ihre militärische Präsenz. Im Saal sah man auch einige Uniformen der drei Westalliierten, aber es gehörte schon Mut dazu, den erklärten Absichten der 4. Macht zu widersprechen. Otto Grotewohl hielt eine sehr lange Rede, die zeitweilig von tumultuarischen Szenen unterbrochen wurde.

Franz Neumann setzte gegen Mittag den Schlusspunkt unter die erbitterte Auseinandersetzung und fand anschließend die Zustimmung einer starken Mehrheit der 2.000 Funktionäre.

Neumann am 1. 3. 1946 im Admiralspalast (43“):

„Am 15. Januar hat der Zentralausschuss sehr klar und deutlich erklärt, dass es vier Punkte sind, die wir hervorheben wollen. Und in diesen vier Punkten – ich werde leider auf den Schluss meiner Redezeit hingewiesen – war ein Hauptpunkt, dass wir, um die Einheitlichkeit Deutschlands zu wahren, eine zonenmäßige Vereinigung nicht vornehmen können. Und ein zweiter Punkt war: Um die Demokratie innerhalb der Partei zu wahren, werden wir, falls ein Reichsparteitag nicht möglich ist, Urabstimmung machen.“



Das Ergebnis jener Urabstimmung in den drei Westsektoren – im Ostteil Berlins wurde sie verboten – ist bekannt: Sieben Zehntel der 33.000 West-Berliner SPD-Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung. Am 31. März 1946 lehnten sie die sofortige Verschmelzung mit der KPD ab – Nein sagten 82 Prozent. Eine deutliche Mehrheit bejahte zugleich

die Zusammenarbeit zwischen den beiden voneinander unabhängigen Parteien.

Franz Neumann trat an die Spitze der Berliner SPD - zunächst gemeinsam mit zwei anderen, Karl Germer und Kurt Swolinsky. Nach Jahresfrist war er allein Landesvorsitzender für die Dauer von 12 Jahren.

Unbestritten war in der zweiten Hälfte der 40er Jahre seine Position in der Partei – wie auch an der Spitze der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und später im Abgeordnetenhaus.

Anfang der fünfziger Jahre zeigten sich Konflikte in der Führung der Berliner Sozialdemokratie, ausgelöst durch schwierige Fragen nach der Einbindung Berlins – genauer West-Berlins – in das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem des neuen Staates Bundesrepublik Deutschland : Wie weit konnte Berlin – abhängig von Hilfen des Bundes – eigene Regelungen bewahren? In der Struktur seiner Verwaltung – für

eine Abkehr vom alten preußischen Beamtenstatus-, in der Bildungspolitik – für die säkulare 12klassige Einheitsschule-, in der Sozialpolitik – für die Einheitsversicherung bei der Versicherungsanstalt Berlin – wie nun all das bewahren gegen eine konservativen Leitbildern folgende Parlamentsmehrheit in Bonn?

In der Zeit größter Bedrängnis, während der Blockade 1948/49, war Ernst Reuter für die Welt zur Stimme des freien Berlin geworden. Das Verhältnis zwischen dem Landesvorsitzenden der Berliner SPD und dem Chef der Landesregierung, die sich auf eine Parteien-Koalition gründete, war nicht frei von Spannungen. Der amerikanische Historiker David E. Barclay hat diese in seiner Reuter-Biografie „Schaut auf diese Stadt“ so beschrieben:

„Neumann und Reuter entstammten völlig unterschiedlichen Milieus und waren auch vom Naturell her grundsätzlich verschieden. Für seine Freunde und Bewunderer war Neumann ein charismatischer Arbeiter, einer der Helden des Widerstandes gegen die kommunistische Aggression, ein glänzender Redner und eine mitreißende, engagierte Führerpersönlichkeit, den traditionellen Idealen der Sozialdemokratie verpflichtet. Seine Kritiker meinten, er habe seine großen Augenblicke zwischen 1945 und 1948 erlebt, eigentlich aber sei er der mittelmäßige Mann geblieben, der er immer war: provinziell, phantasielos, dogmatisch, ein Funktionär, der gern den starken Mann spielte. Was man von ihm auch halten mochte, er war zweifellos eine Persönlichkeit mit großer Ausstrahlung, ein unermüdlicher Parteiarbeiter und ein geschickter Populist.“¹

An dieser Stelle erwähnt der amerikanische Historiker als Beispiel den heftigen Protest Neumanns „gegen die Einführung einer Kleiderordnung durch Reuter anlässlich des Empfangs der Stadt Berlin für den neuen Bundespräsidenten Heuss“ im Herbst 1949, weil „in Zeiten von Mangel und Armut solche Vorgaben unangemessen“ seien. Neumann wörtlich: „Abendkleid und dunkler Anzug schließen die Teilnahme weitester Bevölkerungsschichten von diesen Veranstaltungen aus.“ Er werde sich an diese Vorschriften nicht halten, die ihn an ‚die aufgeblasenen Feste der Herren Pieck, Nuschke und Grotewohl‘ erinnerten.“

In Prof. Barclays Buch findet sich auch ein Hinweis auf Neumanns Demonstration mit missratenen Kartoffeln im Plenum der Stadtverordnetenversammlung:

¹ David E. Barclay, Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Reuter, Berlin 2000, S. 311 f.

Neumann-Interview (4'06"):

„Selbstverständlich ist es so, dass der Fraktionsvorsitzende oder der Parteivorsitzende mehr fordern muss, als der Oberbürgermeister oftmals leisten kann. Wir haben also wirklich den Versuch gemacht, die Kräfte zusammen zu fassen, aber ich darf Ihnen mal ein Beispiel sagen: Ich habe ein anderes Naturell, als es Ernst Reuter sagte. Ich will immer praktisch überzeugen. Als wir dann nach der Aufhebung der Blockade den größten Dreck nach Berlin bekamen, da habe ich protestiert, da habe ich in das Abgeordnetenhaus einen Zentner Kartoffeln mitgebracht, Marmeln in der Größe, und habe sie, wie man so schön sagt, auf den Tisch des Hauses gestellt.

Reuter in seiner Würde sagte: ‚So etwas macht man nicht‘.

Oder, ich kann ein anderes Beispiel sagen: Als am Tage der Gründung der DDR ich zum ersten Mal alle deutschen Sender vor mir hatte auf dem Rudolf-Wilde-Platz, dem heutigen Kennedy-Platz, vor dem Rathaus, da habe ich protestiert gegen die Demontagen, die noch in Berlin durchgeführt wurden. Stellen Sie sich vor, während der Blockade durften die Sowjets das heutige Ernst-Reuter-Kraftwerk demontieren. Maschinen wurden aus Betrieben geholt und den Sowjets zur Verfügung gestellt. Auf dieser Kundgebung, ich glaube es war am 10. Oktober 1948, habe ich dann für die Weltöffentlichkeit gesagt: Das mit der Demontage in Berlin muss aufhören. Eine Demontage von Fabriken ist nicht nur eine Wegnahme von Maschinen, sondern eine Demontage unter diesen Verhältnissen ist in Berlin eine Demontage des Vertrauens zur Demokratie.

Da hat Reuter mir den Vorwurf gemacht: ‚Wie kannst Du so grob und deutlich das sagen?‘

Ich habe ihm gesagt: ‚Ernst, die Alliierten haben's verstanden, denn die haben noch während der Kundgebung die Anweisung herausgegeben, dass keine Maschinen vom Kraftwerk West, heute Kraftwerk Reuter, weggeholt werden dürfen‘.

Die Schwierigkeiten, von denen man immer spricht, die sind zum erheblichen Teil nach dem Tode Reuters erst erfunden worden.“

Vietig: „Herr Neumann, Sie galten nach außen hin zumindest auch immer als der Vertreter der Linken der SPD. Meinen Sie, dass diese Charakterisierung als Linker in der SPD Sie richtig trifft?“

Neumann: „Ich bin immer ein Realist gewesen - vor 33, während der Jahre nachher, und ich sehe eine Aufgabe der Sozialdemokraten darin, in erster Linie für die zu sorgen, denen das Schicksal nicht viel in die Wiege gelegt hat. Ich habe den Versuch gemacht, beispielsweise hier

in Berlin Subventionen, die für die Masse der Bevölkerung günstig waren, zu erhalten. Da habe ich also in Brandt einen Mann gesehen, der anderer Auffassung war. Diese Subventionen sind hier in Berlin abgeschafft worden. Wir Berliner hatten nach 45 mehr soziale Dinge geschaffen, als das irgendwo der Fall war.“

Anfang Dezember 1948 – im Blockade-Winter – entschieden sich bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung mehr als 64 Prozent der Wähler im Westteil der inzwischen gespaltenen Stadt für die SPD mit Reuter als Spitzenkandidat.

Zwei Jahre später – im Dezember 1950, nach dem Inkrafttreten der neuen Berliner Landesverfassung – ging die SPD mit Franz Neumann als Spitzenkandidat in die Neuwahl zum Abgeordnetenhaus und brachte es auf knapp 48 Prozent – deutlich weniger als mit Reuter im Zentrum der Selbstdarstellung.

Die von ihr geführte Senatskoalition brach nach Reuters Tod 1953 auseinander und konnte erst Anfang 1955 mit Otto Suhr als Regierendem Bürgermeister erneuert werden.

Franz Neumann war seit 1949 einer der Vertreter Berlins in Deutschen Bundestag – und blieb zugleich Mitglied des Landesparlamentes.

Zunehmend wuchsen Einfluss und öffentliches Ansehen eines anderen Abgeordneten, der in Bonn wie in Berlin ein parlamentarisches Mandat wahrnahm - Willy Brandt.

Dramatische Ereignisse am Abend des 5. November 1956, als der zornige Protest von Zehntausenden Berlinern gegen den sowjetischen Gewaltakt in Ungarn kaum noch zu zügeln war, zeigten, dass Willy Brandt, zu jener Zeit bereits Präsident des Abgeordnetenhauses, eher Gehör fand als andere Sprecher der Fraktionen – unter ihnen Franz Neumann.

Er war bald darauf – noch im November 1956 - bei der Jahreskonferenz des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ im Schöneberger Rathaus zu einem Thema zu vernehmen, das ihm besonders am Herzen lag – das Schicksal der politischen Gefangenen.

Neumann vor dem KUD am 23. 11. 1956 (40"):

„Wir haben hier seit 11 1/2 Jahren das Bemühen, die Rückkehr, die Heimkehr der politischen Gefangenen zu ermöglichen. Sie kamen aus den KZs Hitlers sehr vielfach, hatten mit uns gemeinsam den Aufbau begonnen und verschwanden dann zu einem Teil sehr schnell wieder

und sehr still oftmals, ohne dass irgend jemand etwas davon hörte, ohne dass irgend jemand wusste, wohin sie gebracht wurden.“

Schon im Admiralspalast am 1. März 1946 hatte Neumann – an die Adresse Otto Grotewohls und der zahlreich anwesenden sowjetischen Offiziere gewandt – öffentlich die Freilassung des ehemaligen Polizeimajors Karl Heinrich gefordert, der als Sozialdemokrat und Mann des Reichsbanners unter dem NS-Regime viele Jahre im Zuchthaus und KZ verbracht hatte, 1945 zunächst Kommandeur der Berliner Schutzpolizei geworden war, aber bereits Anfang August verhaftet wurde – und nie wieder auftauchte:

Neumann am 23. 11. 1956 (3'33“):

„Wir hatten damals dann erfahren, dass er im Keller der Zentralkommandantur saß. Wir hatten von einer immer größer und größer werdenden Zahl hören müssen, beispielsweise des Wilmersdorfer Arbeitsamtdirektors Paul Volkmann, der aus einer SPD-Versammlung in Neustadt an der Dosse 60 km nordwestlich von Berlin verschwand, und so wuchs und wuchs die Zahl. Und ich sage es für die, die sich mit diesem Problem noch nicht beschäftigt haben: Es war ein trauriges Schicksal dieser Menschen, die einfach verhaftet wurden, nur weil sie ihre demokratische, politische Auffassung in Versammlungen vertraten, weil sie nicht Kommunistenhörig wurden.

Furchtbar war das Schicksal dieser Menschen, von denen man wirklich lange, lange Zeit nichts hörte. Und wenn ich Ihnen von dem Schicksal beispielsweise Paul Volkmanns etwas schildere, Paul Volkmann ist durch sämtliche KZs gegangen, die ja erst besetzt wurden, am 5. Dezember 45 verhaftet, am 18. Juni 50 kam das erste Lebenszeichen aus Waldheim: ‚Mein innig geliebtes Frauchen. Ich bin zu 15 Jahre Zuchthaus und Vermögensentzug verurteilt gemäß Kontrollratsdirektive 38. Gegen dieses Urteil habe ich Berufung eingelegt. Ich bin noch gesund und munter. Vor allem warte ich recht sehnsüchtig auf einen recht ausführlichen Brief von Dir und meinem lieben Töchtling und möchte auch recht viel von meinem kleinen Enkel erfahren. Über 54 Monate bin ich ohne Nachricht von Euch, es ist eine lange Zeit.‘

Ja, für viele war es eine lange Zeit, 5, 6 Jahre waren sie ohne jede Verbindung. Nur einfach aus der Tatsache wieder in Gefängnisse, KZs, Zuchthäuser oder Arbeitslager gezwungen, weil sie sich in der sowjetisch besetzten Zone oder im sowjetisch besetzten Teil Berlins gegen die Zwangsvereinigung der SPD oder gegen die Gleichschaltung von

CDU und LDP gewandt hatten, weil sie glaubten, dass nach der Zeit der Diktatur Hitlers, eben so wie es uns versprochen war, eine demokratische Zeit angebrochen war. 1950 wurde man humaner, man schloss die KZs, die Überführung der Gefangenen nach Bautzen, nach Waldheim, nach Hohenschönhausen, nach Luckau, nach Brandenburg und zu den vielen Marteranstalten erfolgte. Und, es soll hier gesagt werden, gerade im letzten Jahr ist man zu einem Teil humaner geworden. Man hat in Brandenburg ein Haus für die Alten eingerichtet, die keine Vorzüge haben, aber die über 70-jährigen politischen Gefangenen werden gesondert in einem Haus zusammengefasst.“

Für viele waren die Gefängnistore 1956 – nach dem XX. Parteitag der sowjetischen KP – geöffnet worden. Doch auf Franz Neumanns Liste der politischen Häftlinge in der DDR standen weiterhin noch viele Namen – ungeachtet aller Versprechungen der SED:

Neumann am 23. 11. 1956 (44“):

„Und Herr Grotewohl sagt: Wir sind bereit, Herr Ulbricht sagt, wir sind bereit, uns mit den Vertretern der SPD an einen Tisch zu setzen, ohne etwas über die Vergangenheit zu sagen. Damit niemand sagen kann, er fühle sich von vornherein beunruhigt. Nun, meine Damen und Herren, ich darf sagen, dass wir uns niemals nur um die Freilassung der Gefangenen einer Partei bemüht haben. Wir haben den Kampf geführt, damit alle politischen Gefangenen ihre Freiheit erhalten sollen. Und wir haben erklärt, dass diese Freilassung der politischen Gefangenen niemals mit irgendwelchem politischen Kuppelgeschäft verbunden werden darf.“

Die Bundesrepublik der späten 50er Jahre rühmte sich ihres Wirtschaftswunders. Dennoch war für viele, die aus der DDR kamen, ein neuer Anfang im Westen beschwerlich:

Neumann am 23. 11. 1956 (2'18“):

„Eine Reihe von Bundestagsabgeordneten haben in der letzten Zeit einen Brief ehemaliger politischer Häftlinge der sowjetischen Besatzungszone bekommen. Die Gefangenen sitzen jetzt in Weinsberg in Baden-Württemberg im Landesdurchgangslager. Und was sie uns schildern, das ist beschämend für uns alle, denn – wenn ich nur einiges zitiere: ‚Wir bitten, wir, die wir bis zu 11-jähriger Haftzeit untergebracht sind, doch wirklich etwas für uns zu tun. Wie weit unsere Frauen seel-

isch und körperlich während unserer Haftzeit herunter gewirtschaftet sind, das können Sie ja gar nicht glauben. Von diesen Frauen verlangt man jeglichen Arbeitseinsatz, auch berufsfremden Einsatz, oder sie bekommen keinerlei Unterstützung.'

Und dann wird die Frage von den politischen Gefangenen gestellt: ‚Ist das der Dank des Vaterlandes?‘ Über ihre Unterbringung: ‚In unseren Waschräumen sind noch nicht einmal alle Fensterscheiben vorhanden. Die Fensterscheiben in den Wohnräumen sind nicht alle heil bzw. sind zu verkitten, und dann seit Wochen besteht unsere Einnahme darin, dass wir pro Tag 40 Pfennig Taschengeld bekommen. Wir möchten nach jahrelanger Haft endlich auch einmal etwas anderes zu uns nehmen als täglich Margarine, labberigen Tee, kalte Pellkartoffeln und Gleichmacher-Wurst. Verdient hätten wir es wohl, denn wir haben für Gesamtdeutschland die Freiheit geopfert und gelitten. 18.000 von uns sind allein in Bautzen geblieben, auch wir hätten dabei sein können, aber auch andere aus dem Westen, wenn sie das Unglück gehabt hätten, auf der anderen Seite Deutschlands zu stehen.‘“

Bei Ansprachen wie dieser vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland im November 1956 fand Franz Neumann breite Zustimmung – in seiner Partei wie in der Öffentlichkeit. Im Streit um den Kurs der Berliner Sozialdemokratie stieß er jedoch auf erstarkenden Widerspruch. Mit welcher Bitterkeit der Kampf um die Führung der Berliner SPD in der zweiten Hälfte der 50er Jahre ausgetragen wurde, hat Peter Merseburger jüngst in seiner großen Willy-Brandt-Biografie beschrieben:

„Beide Parteifraktionen haben längst die Glacéhandschuhe ausgezogen. Keule bedeutet im Berliner Jargon eigentlich Kumpel, aber die linke Neumann-Gruppe heißt in den Medien immer häufiger deshalb ‚Keulenriege‘, weil sie in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch ist, eben die Keule schwingt. Mit harten Bandagen kämpft auch der ‚Pfeifenclub‘ der führenden Parteirechten, so genannt, weil die meisten Mitglieder Pfeife rauchen. Brandt selbst zählt nicht dazu, wird jedoch vom Club, einer Art ‚Antikeule‘, gefördert und gestützt ... Systematisch bereiten die Rechten sich vor und sammeln sich, warten allerdings den richtigen Zeitpunkt für einen Frontalangriff auf die Parteiführung ab.

Der Streit eskaliert nach dem Tod Otto Suhrs im August 1957, als Neumann alles unternimmt, Brandt als Nachfolger zu verhindern.“²

Anfang 1958 entschied sich die Mehrheit der Delegierten auf einem außerordentlichen Parteitag für Willy Brandt, gegen Franz Neumann -



Otto Suhr, Willy Brandt und Franz Neumann, 1957

um noch einmal Peter Merseburger zu zitieren – zum Ergebnis eines sechsjährigen Kampfes: "Brandt hat damit nicht nur die völlige Kontrolle über den Landesverband gewonnen, die Kombination von Parteichef und Regierendem Bürgermeister verhindert in Zukunft alle Konflikte zwischen Regierung und Partei, wie sie zur Zeit Ernst Reuters gängig waren."³

Franz Neumann verzichtete in der Folgezeit auf Berliner Parteiämter, blieb aber bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Zeitungen vermerkten, dass er bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten Heinrich Lübke und bei der Wahl Kurt-Georg Kiesingers zum Kanzler der Großen Koalition sein Ja verweigerte. Als nach fünf Legislaturperioden sein parlamentarisches Mandat in Bonn beendet war und nach dem Willen der Partei-Mehrheit nicht noch einmal verlängert werden sollte, wurde das Haus der Arbeiterwohlfahrt am Halleschen Ufer seine letzte, ihm vertraute Wirkungsstätte.

² Peter Merseburger, Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart / München 2002, S. 341

³ ebda., S. 342



Bundestagssitzung zur Außenpolitik am 13.02.1960.
Am Rednerpult Konrad Adenauer.

Als er 70 Jahre alt wurde, am 14. August 1974, hörte man ihn in einem RIAS-Interview:

Interview Neumann / Meunier im RIAS zum 14. 8. 1974 (2'34"): „Ich bin seit dem 2. Mai 1946 einer der ersten drei in der Berliner Arbeiterwohlfahrt. Am 2. Mai ließ ich als Vorsitzender der SPD Berlin beschließen, dass die Arbeiterwohlfahrt in Berlin wieder aufgebaut wird, dass Louise Schröder, Franz Neumann und Ida Wolff - so heißt es im Gründungsbeschluss, die Vorsitzenden werden, und ich bin nun seit über 28 Jahren ehren-

amtlich immer einer der ersten drei an der Spitze der Arbeiterwohlfahrt in Berlin gewesen. Wir haben vieles erreicht, wir haben für die Jugend etwas geschaffen, aber insbesondere auch für die Alten. Wir haben immer noch das Krankenhaus, das Ida-Wolff-Krankenhaus mit 485 Betten in Buckow als Muster-Krankenhaus zu stehen, und ich habe weitere Pläne. Wir haben seit 25 Jahren 80 Morgen Land vom Bund gepachtet in Kladow direkt an der Havel. Ich möchte – das ist mein großer Wunsch – dort noch ein Erholungszentrum für die älteren Berliner, die nicht mehr aus dieser Stadt heraus können, eine Musteranlage schaffen, die sich sehen lassen kann und die der Dank für die Leute sein soll, die nun wie meine Generation in zwei Kriegen und in zwei folgenden schweren Zeiten so vieles erdulden mussten.“
Meunier: „Noch eine letzte Frage, Herr Neumann. Wird es möglicherweise noch Erinnerungen von Franz Neumann geben?“
Neumann: "Ich habe wahrscheinlich so viel Material wie kaum ein anderer. Eine Serie von Studenten der Freien Universität, aus anderen Universitäten, der letzte war sogar ein Student, der aus Houston / Texas kam, haben mit meinem Material gearbeitet und Doktorarbeiten

geschrieben. Es wäre für mich eine Freude, wenn ich noch mal die Zeit aufbringen würde, um das zu Papier zu bringen, was ich an Lebenserinnerungen habe. Nicht, um da ein Buch irgendwie zu den vielen anderen noch hinzubringen, sondern um objektiv über diese Zeit zu berichten, damit die Nachwelt neben den Märchenbüchern, die meist entstanden sind, auch ein Buch lesen kann, das die Wirklichkeit festhalten soll.“

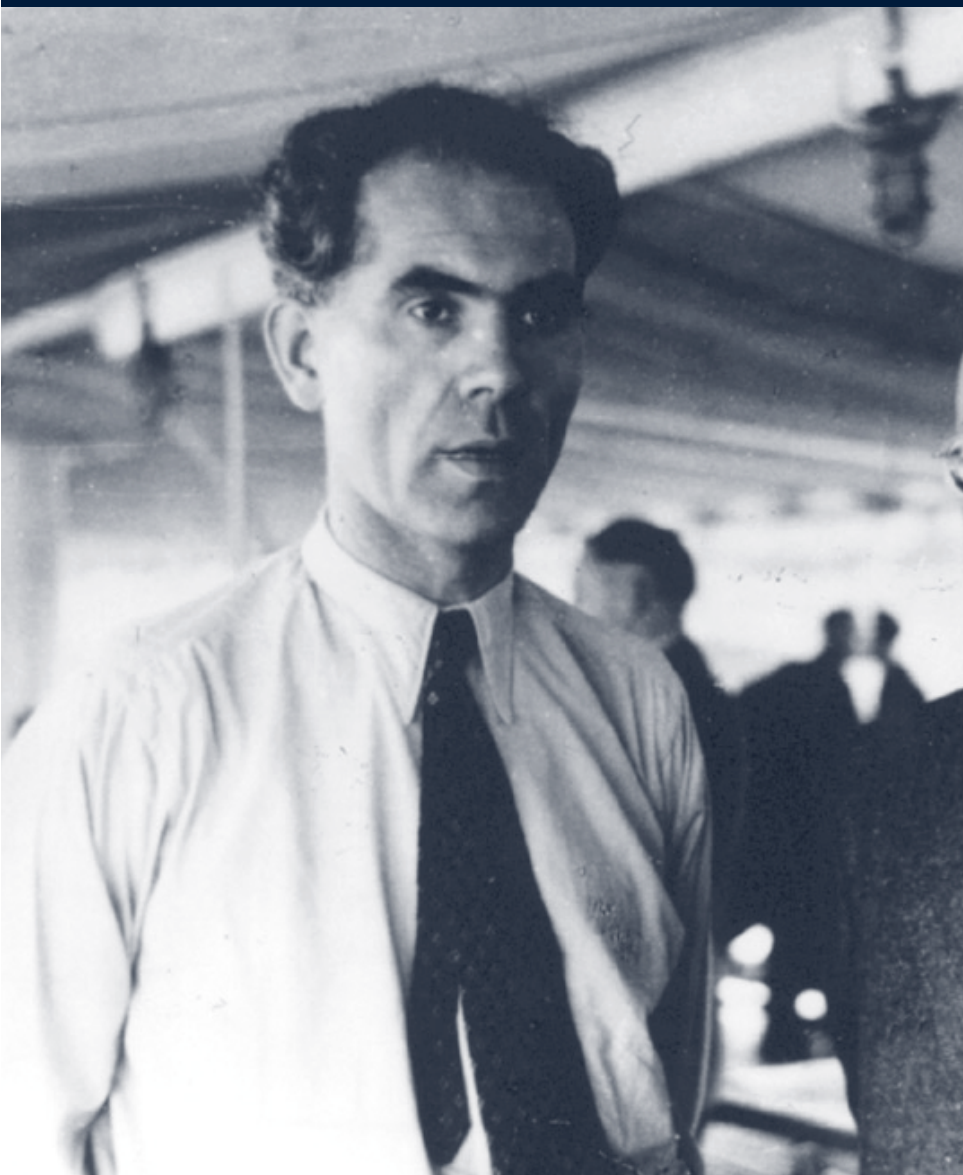
Zeit für ein solches Buch hatte er nicht mehr. Er starb acht Wochen nach seinem 70. Geburtstag.

Die im Keller seines Reinickendorfer Hauses aufbewahrten Akten übergab Gertrud Neumann, seine Witwe, einem Freundeskreis, der den Grundbestand eines nach ihm benannten Archivs zur Geschichte der Berliner Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg legte. In das Franz-Neumann-Archiv konnten auch die Nachlässe anderer integriert werden – von Ella Kay über Otto Stammer bis zu Harry Ristock. Die Berliner Technische Universität, deren Kuratorium der ehemalige Metallarbeiter Franz Neumann sieben Jahre lang angehörte und um deren Wiederaufbau er sich als Parlamentarier in Berlin und Bonn verdient gemacht hatte, gab dem Archiv eine Domizil – zwei Räume. Der Teil der Akten, der „Opposition und Widerstand Ostberliner Sozialdemokraten 1945-1961“ spiegelt, wurde von Prof. Sieglinde Heppener und Siegfried Heppener in einer Handreichung umfassend bilanziert.⁴ Die so erfassten Akten sollen in naher Zukunft dem Landesarchiv Berlin übergeben werden.



Kurt Schumacher mit Louise Schroeder
und Franz Neumann, 1946

⁴ Quellen zu Opposition und Widerstand Ostberliner Sozialdemokraten 1945-1961. Eine Handreichung von Sieglinde und Siegfried Heppener, Franz-Neumann-Archiv e.V. Berlin, gefördert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2004, 130 Seiten



Franz Neumann um 1945

Dokument 1945

131 Fragen zur NS-Zeit

Military Government of Germany / Fragebogen

Im August 1946 füllte Franz Neumann den Fragebogen aus, den auf Geheiß der Besatzungsmächte – MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY - eine Millionenzahl von Deutschen schriftlich beantworten sollte. Der sechs Seiten umfassende Fragebogen – gegliedert in 8 Abschnitte¹ - enthielt 131 Fragen². In englischer und deutscher Sprache war dem Fragebogen eine Warnung vorangestellt:

„Vor Beantwortung ist der gesamte Fragebogen sorgfältig durchzulesen. In Zweifelsfällen ist die englische Fassung maßgebend³. Die Antworten müssen mit der Schreibmaschine oder in klaren Blockbuchstaben geschrieben werden. Jede Frage ist genau und gewissenhaft zu beantworten, und keine Frage darf unbeantwortet gelassen werden. Das Wort ‚ja‘ oder ‚nein‘ ist an der jeweilig vorgesehenen Stelle unbedingt einzusetzen. Falls die Frage durch ‚ja‘ oder ‚nein‘ nicht zu beantworten ist, so ist eine entsprechende Antwort, wie z.B. ‚keine‘ oder ‚nicht betreffend‘ zu geben. In Ermangelung von ausreichendem Platz in dem Fragebogen können Bogen angeheftet werden. Auslassungen sowie falsche oder unvollständige Angaben stellen Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung dar und werden dementsprechend geahndet.“

- ¹ A. Persönliche Angaben: Fragen 1-24
- B. Grundschul- und höhere Bildung: Fragen 25-28
- C. Berufs- und Handwerksprüfungen
- D. Chronologische Aufzählung jeglicher Hauptanstellungen und des Militärdienstes: Fragen 29-39
- E. Mitgliedschaften: Fragen 40-116
- F. Mitgliedschaft oder Nebendienst in anderen Organisationen: Frage 117
- G. Veröffentlichungen und Reden: Frage 118
- H. Einkommen und Vermögen: Fragen 119-124
- I. Reisen und Wohnsitz im Ausland: Fragen 125-131

² Der Schriftsteller Ernst von Salomon nutzte sie als "Gerippe" seines in den frühen fünfziger Jahren stark beachteten Buches "Der Fragebogen", erschienen im Rowohlt Verlag Hamburg, der als massive Kritik an den Formen der Entnazifizierung aufgenommen wurde.

³ Auf die englischen Text-Teile wird hier verzichtet.

**Im Folgenden werden die einzelnen Fragen
und Neumanns Antworten wiedergegeben:**

1. Für Sie in Frage kommende Stellung
2. Name **Neumann, Franz**
3. Andere von Ihnen benutzte Namen oder solche, unter welchen Sie bekannt sind **keine**
4. Geburtsdatum **14.8.1904**
5. Geburtsort **Berlin**
6. Größe **1,89 m**
7. Gewicht **160 Pfd.**
8. Haarfarbe **grau/schwarz**
9. Farbe der Augen **braun**
10. Narben, Geburtsmale oder Entstellungen **keine**
11. Gegenwärtige Anschrift **Berlin-Tegel, Moorweg 10**
12. Ständiger Wohnsitz **Berlin-Tegel, Moorweg 10**
13. Art der Ausweiskarte **Personalausw. Nr. 293/1648046**
14. Wehrpaß-Nr. **unbekannt**
15. Reisepaß-Nr. **keine**
16. Staatsangehörigkeit **deutsch**
17. Falls naturalisierter Bürger, geben Sie Datum und Einbürgerungsort an **nicht betreffend**
18. Aufzählung aller Ihrerseits oder seitens Ihrer Ehefrau oder Ihrer beiden Großeltern innegehabten Adelstitel **keine**
19. Religion **Dissident**
20. Welcher Kirche gehörten Sie an? **keiner**
21. Haben Sie je offiziell oder inoffiziell Ihre Verbindung mit einer Kirche aufgelöst?
22. Falls ja, geben Sie Einzelheiten und Gründe an **ja – wegen reaktionärer Einstellung der Kirche**
23. Welche Religionsangehörigkeit haben Sie bei der Volkszählung 1939 angegeben? **glaubenslos**
24. Führen Sie alle Vergehen, Übertretungen oder Verbrechen an, für welche Sie je verurteilt worden sind, mit Angaben des Datums, des Orts und der Art **Vorbereitung zum Hochverrat, Termin vor dem Kammergericht 14.7.34**

Im folgenden Abschnitt B zur Schulbildung notierte Neumann die **Volksschule Berlin 1910-1918 und Fachschulen Berlin 1919-1924** - jeweils mit einem

Zeugnis-Abschluß, der nicht zur Universitätsimmatrikulation berechnigte, sowie die **Dt. Hochschule f. Politik Berlin (sozialpol. Seminar) Berlin 1925-1931**, abgeschlossen mit dem **Zeugnis** eines **Staatsexamens**.

25. Welchen deutschen Universitäts-Studentenburschenschaften haben Sie je angehört? **keine**
26. In welchen Napola, Adolf-Hitler-, NS-Führerschulen oder Militärakademien waren Sie Lehrer? Anzugeben mit genauer Orts- und Zeitbestimmung **nicht betreffend**
27. Haben Ihre Kinder eine der obengenannten Schulen besucht? **n.betr.** Welche, wo und wann? **n.betr.**
28. Führen Sie (mit Orts- und Zeitbestimmung) alle Schulen an, in welchen Sie je Vertrauenslehrer (vormalig Jugendwalter) waren **keine**

Es folgte eine Spalte, in die Berufs- und Handwerksprüfungen einzutragen waren: **Gesellenprüfung Berlin bestanden 1922**

29. Geben Sie in zeitlicher Folge eine Aufzählung Ihrer Beschäftigung und Ihres Militärdienstes seit dem 1. Januar 1931 an, mit Begründungen für alle Beförderungen oder Degradierungen, Versetzungen, Arbeitslosigkeit, Besuch von Bildungsanstalten (außer solchen, die bereits in B angeführt sind) oder Ausbildungsschulen und Volldienst in militärähnlichen Organisationen (Nebenbeschäftigungen sind in Abschnitt F anzugeben). Benutzen Sie eine gesonderte Zeile für jeden Wechsel in Stellung oder Rang, oder zur Angabe von Arbeitslosigkeits-Zeitabschnitten, oder für den Besuch von Ausbildungsschulen oder für Versetzungen von einer militärischen oder militärähnlichen Organisation zu einer anderen.

Anzugeben waren jeweils der Zeitraum, Name und Anschrift des Arbeitgebers oder die Militäranschrift, Name und Titel des Dienstvorgesetzten oder des vorgesetzten Offiziers, die persönliche Stellung bzw. der Dienstgrad, die Art der Tätigkeit und der Verantwortungsbereich, schließlich der Grund für die Änderung oder Beendigung des Dienstverhältnisses. Franz Neumann nannte für die Zeit von **1926 – 1933** die **Stadt Berlin** als Arbeitgeber, **Bürgermeister Dr. Ostrowski** als Vorgesetzten: **Fürsorger, jugendpflegerisch** tätig bis zur **Entlassung** auf Grund des **§ 4 BBG**. Die weiteren Phasen seines Lebens fasste er so zusammen:

3. 1. 34 – 24. 7. 35 Gefängnis
1936/1937 Fahrzeug und Gerätebau, Hermsdorf, Leiter: Joergens,
dort tätig als Schlosser,
1938 – 1945 in derselben Firma beschäftigt als **techn. Angestellt.** – **techni-**

sche Tätigkeit nach **Übergang i.d.Verwaltung**

Apr. - Juni 45 Treuhänder der vorstehenden Firma

Juli 1945 Arbeitsamtsdirektor Reinickendorf

Aug. 45 stellvertr. Bezirksbürgermeister Reinickendorf.

30. Waren Sie vom Militärdienst zurückgestellt? **ja bis 1941**
31. Falls ja, geben Sie die genauen Umstände an **wehrunwürdig**
32. Waren Sie Generalstäbler? **nein**
33. Wann? **nein**
34. Waren Sie NS-Führungsoffizier? **nein**
35. Wann und in welchem Truppenverband? **nein**
36. Haben Sie in der Militärregierung oder Wehrkreisverwaltung irgendeines der von Deutschland besetzten Länder, einschließlich Oesterreich und Sudetenland, gedient? **nein**
37. Falls ja, geben Sie Einzelheiten über Ihre Ämter und Pflichten sowie Ort und Zeitdauer des Dienstes **nein**
38. Sind Sie berechtigt, militärische Orden oder andere militärische Ehrenauszeichnungen zu tragen? **nein**
39. Falls ja, geben Sie an, was Ihnen verliehen wurde, das Datum, den Grund und Anlaß für die Verleihung **keine**

Der Abschnitt E – Mitgliedschaften – sollte ein möglichst genaues Bild von der Einbindung des Befragten in das Netz der NS-Organisationen und -Institutionen vermitteln :

40. In der folgenden Liste ist anzuführen, ob Sie Mitglied einer der angeführten Organisationen waren und welche Ämter Sie darin bekleideten. Andere Gesellschaften, Handelsgesellschaften, Burschenschaften, Verbindungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kammern, Instituten, Gruppen, Körperschaften, Vereine, Verbände, Klubs, Logen oder andere Organisationen beliebiger Art, seien sie gesellschaftlicher, politischer, beruflicher, sportlicher, bildender, kultureller, industrieller, kommerzieller oder ehrenamtlicher Art, mit welchen Sie je in Verbindung standen oder welchen Sie angeschlossen waren, sind auf Zeile 96 – 98 anzugeben.

In den folgenden sechs Spalten des Fragebogens waren genaue Angaben über Beginn und Beendigung von Mitgliedschaften, die jeweilige Mitgliedsnummer, Ämter und Ränge gefordert – und zwar zu insgesamt zu mehr als einem halben Hundert NS-Organisationen und -Institutionen. In 54 Fällen trug Neumann ein **nein** ein. Nur die Frage **53. DAF** – zur Deutschen Arbeitsfront, (der 1933 geschaffenen Zwangsgemeinschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern) – beantwortete er mit **ja** - für die

Zeit von 1934 bis 1945 – **d. Übernahme – kein Amt.**

Der Fragebogen bildete das Netzwerk der NS-Verbände und NS-Einrichtungen ab, soweit es die Alliierte Militärregierung 1945 wahrgenommen hatte und wird daher im folgenden wieder gegeben :

41. NSDAP 42. Allgemeine SS 43. Waffen-SS 44. Sicherheitsdienst der SS 45. SA 46. HJ einschl. BDM 47. NSDStB 48. NSDoB 49. NS Frauenschaft 50. NSKK 51. NSFK 52. Reichsb. der deutschen Beamten 53. DAF 54. KdF 55. NSV 56. NS-Reichsb. deutsch. Schwestern 57. NSKOV 58. NS-Bund Deutscher Technik 59. NS-Aerztebund 60. NS-Lehrerbund 61. Rechtswahrerbund 62. Deutsches Frauenwerk 63. Reichsbund deutscher Familie 64. NS-Reichsb. für Leibesübungen 65. NS-Alt-herrerbund 66. Deutsche Studentenschaft 67. Deutscher Gemeindetag 68. NS-Reichskriegerbund 69. Reichsdozentenschaft 70. Reichskulturkammer 71. Reichs-schrifttumskammer 72. Reichspressekammer 73. Reichsrundfunkkammer 74. Reichs-theaterkammer 75. Reichsmusikkammer 76. Reichskammer d. bildend. Künste 77. Reichsfilmkammer 78. Amerika-Institut 79. Deutsche Akademie München 80. Deutsches Auslandsinstitut 81. Deutsche Christen-Bewegung 82. Deutsche Glaubensbewegung 83. Deutscher Fichte-Bund 84. Deutsche Jägerschaft 85. Deutsches Rotes Kreuz 86. Ibero-Amerikanisches Institut 87. Institut zur Erforschung der Judenfrage 88. Kameradschaft USA 89. Osteuropäisches Institut 90. Reichs-arbeitsdienst (RAD) 91. Reichskolonialbund 92. Reichsluftschutzbund 93. Staatsaka-demie für Rassen- und Gesundheitspflege 94. Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) 95. Werberat der Deutschen Wirtsch. 96.-98. andere
99. Sind Sie jemals zu einem Schweigegebot für eine Organisation verpflichtet worden? **Nein**
100. Falls Ja, geben Sie die Organisation und Einzelheiten an **nicht betreffend**
101. Haben Sie irgendwelche Verwandte, die jemals Amt, Rang oder einflussreiche Stellungen in irgendeiner der von Nr. 41 bis 95 angeführten Organisationen haben? **nein**
102. Falls ja, geben Sie deren Namen und Anschriften an, den Grad Ihrer Verwandtschaft sowie eine Beschreibung der Stellung und Organisation **nicht betreffend**
103. Mit Ausnahme von kleineren Beiträgen zur Winterhilfe und ordnungsmäßigen Mitgliedsbeiträgen, geben Sie nachfolgend im einzelnen alle von Ihnen direkt oder indirekt an die NSDAP oder irgendeine andere der oben angeführten Organisationen geleisteten Beiträge in Form von Geld oder Besitz an, einschließlich aller auf Ihr Ersuchen oder aufgrund Ihres Einflusses seitens einer natürlichen oder juristischen Person oder einer anderen rechtlichen Einheit geleisteten Beiträge **nein**

104. Sind Ihnen von einer der oben angegebenen Organisationen irgendwelche Titel, Orden, Zeugnisse, Dienstgrade verliehen oder andere Ehren erwiesen worden? **nein**
105. Falls ja, geben Sie an, was Ihnen verliehen wurde, das Datum, den Grund und Anlass für die Verleihung **nicht betreffend**
106. Waren Sie Mitglied einer politischen Partei vor 1933? **ja**
107. Falls ja, welcher? **SPD**
108. Welche politische Partei haben Sie in der Novemberwahl 1932 gewählt? **SPD**
109. Und im März 1933? **SPD**
110. Waren Sie seit 1933 Mitglied einer verbotenen Oppositionspartei oder -gruppe? **ja**
111. Welcher? **SPD**
112. Seit wann? **seit Verbot**
113. Waren Sie jemals Mitglied einer nach 1933 aufgelösten oder verbotenen Gewerkschaft oder eines Berufs- oder Wirtschaftsverbandes? **ja**
114. Sind Sie jemals aus dem Beamtenstand, dem Lehrerberuf oder aus einer kirchlichen oder irgendeiner Stellung aufgrund aktiven oder passiven Widerstandes gegen die Nazis oder ihre Weltanschauung entlassen worden? **ja**
115. Wurden Sie jemals aus rassistischen oder religiösen Gründen oder weil Sie aktiv oder passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten in Haft genommen oder in Ihrer Bewegungs- oder Niederlassungsfreiheit oder sonst wie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt? **ja**
116. Ist die Antwort auf eine der Fragen von 110. bis 115. bejahend, so sind Einzelheiten sowie Namen und Anschriften von zwei Personen, welche dies wahrheitsgemäß bezeugen können, anzuführen.

**Dr. Ostrowski, Berlin-Wilmersdorf, Rathaus
Dr. Otto Suhr, Berlin-Wilmersdorf, Sodener Str. 36**

Im folgenden Abschnitt F wurde nach Mitgliedschaft oder Nebendienst in anderen Organisationen gefragt - die Frage 117 betraf

- a) Jedwedes Nebenamt, einflussreiches unbezahltes oder Ehrenamt oder Vertrauensstellung, welche Sie als Vertreter eines Reichsministeriums oder der Leitstelle für den Vierjahresplan oder ähnlichen Wirtschaftsüberwachungsstellen inne hatten.
- b) Amt, Rang oder einflussreiche Stellung jedweder Art, welche Sie bei öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften inne hatten, wie z.B. dem Reichsnährstand, den Bauernschaften, den Hauptvereinigungen, den Reichswirtschaftskammern, den Gauwirtschaftskammern, Reichsgruppen, Wirtschaftsgruppen, Industrieringen oder ähnlichen Körperschaften, sowie bei deren untergeordneten und angeschlossenen Körperschaften und Gebietsstellen.

MG / PS / G / 9a
(Rev. 15 May 41)

MILITARY GOVERNMENT

Fragebogen

WARNING: Read the entire Fragebogen carefully before you start to fill it out. Answers must be typewritten or printed clearly in black ink. No space is to be left blank. If a question is to be answered by either "yes" or "no", indicate by some appropriate word or phrase such as "yes" or "no". Omissions or false or incomplete statements are offenses.

WARNUNG: Vor Beantwortung ist der gesamte Fragebogen sorgfältig zu lesen. Die Antworten müssen mit der Schreibmaschine oder in schwarzer Tinte deutlich und ohne Leerstellen geschrieben oder gedruckt werden. Wenn eine Frage mit "ja" oder "nein" zu beantworten ist, so ist eine entsprechende Antwort, wie z.B. "ja" oder "nein", anzugeben. Auslassungen oder unvollständige Angaben stellen Vergehen gegen die Verordnungen dar.

A. PERSONAL / A

1. List position for which you are under consideration (include agency or institution or by which you have been known. — 4. Date of birth. — 5. Place of birth. — 6. Present address (City, street and house number, apartment or dormitories. — 11. Present address (City, street and house number, apartment or dormitories. — 12. Present address (City, street and house number, apartment or dormitories. — 13. Present address (City, street and house number, apartment or dormitories. — 14. Wehrpass No. — 15. Passport No. — 16. City.

17. List any titles of nobility ever held by you or your wife or by the parents of you or your wife. — 21. Have you ever severed your connection with any church, religious preference did you give in the census of 1933? — 24. List any crimes committed.

1. Für Sie in Frage kommende Stellung:

2. Name Neumann, Franz *
Zu-Familien-name

oder solche, unter welchen Sie bekannt sind. keine

4. Geburtsdatum 14.8.1904 Geburtsort Berlin

6. Größe 1,89 m 7. Gewicht 140 Pfd Haarfarbe

10. Narben, Geburtsmale oder Entstellungen keine

11. Gegenwärtige Anschrift Berlin-Tegel, Mo

12. Ständiger Wohnsitz Berlin-Tegel, Mo

13. Art der Ausweiskarte Personalausw. Nr. 293/16

16. Staatsangehörigkeit deutsch 17. Falls

Faksimile der ersten Seite des Fragebogens von 1946

- c) Jeglichen Dienst in militärischen, militärähnlichen, polizeilichen, Gesetzvollzugs-, Schutz-, Aufklärungs- oder Luftschutzdiensten, wie z.B. der Organisation Todt, der Technischen Nothilfe, den Stoßtrupps, Werkscharen, dem Bahnenschutz, Postschutz, Funkschutz, Werkschutz, der Land- und Stadtwacht, Abwehr, des SD, der Gestapo und ähnlichen Organisationen. **keine**

Anzugeben waren sodann im Abschnitt G Veröffentlichungen und Reden

118. Geben Sie auf einem Extrabogen die Titel und Verleger aller von Ihnen seit 1923 bis zur Gegenwart ganz oder teilweise geschriebenen, zusammengestellten oder herausgegebenen Veröffentlichungen und alle von Ihnen gehaltenen öffentlichen Ansprachen und Vorlesungen, mit Angabe des Themas, Datums, der Auflage oder Zuhörerschaft. Falls Sie unter Obhut einer Organisation standen, geben Sie deren Namen an. Falls keine Reden, Ansprachen oder Veröffentlichungen, setzen Sie das Wort "keine" ein. **Politische und gewerkschaftliche Reden und Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften**

H. Einkommen und Vermögen

119. Herkunft und Beträge des jährlichen Einkommens vom 1. Januar 1931 bis zur Gegenwart. In Ermangelung von Belegen sind ungefähre Beträge anzugeben.

Neumann notierte für 1931 und 1932 ein **Gehalt ca. 3.500 RM**, für 1933 ein Gehalt **1.750 RM**, für **1934/1935 ohne Einkommen**, für 1936 **Lohn 2.500 RM**, 1937 **dergl. 3.000 RM**, für die Jahre **1938 bis 1941 jeweils Gehalt 4.000 RM**, 1942 bis 1944 **dergl. je 4.500 RM** und 1945 **9.000 RM**

120. Ihnen oder unmittelbaren Angehörigen Ihrer Familie gehöriger Grundstücks- oder Hausbesitz, Erwerbsdatum, von wem erworben, Art der Häuser, Grundstücksgrößen in Hektaren und die übliche Verwendung des Besitzes sind anzugeben. **keine**
121. Haben Sie oder ein unmittelbarer Angehöriger Ihrer Familie jemals Besitz erworben, welcher anderen Personen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen oder anderen Personen enteignet wurde, im Verlauf der Besetzung fremder Länder, oder zwecks Förderung der Ansiedlung von Deutschen oder Volksdeutschen in von Deutschland besetzten Gebieten? **nein**
122. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an einschließlich Zeit- und Ortsangaben, sowie Namen und gegenwärtigen Aufenthalt der ursprünglichen Besitzer. **keine**
123. Waren Sie jemals als Verwalter oder Treuhänder für jüdischen Besitz zwecks

- Förderung von Arierisierungserlassen oder -verordnungen tätig? **nein**
124. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an. **keine**

I. Reisen oder Wohnsitz im Ausland

125. Zählen Sie alle Reisen oder Wohnsitze außerhalb Deutschlands auf (Feldzüge einbegriffen). **keine**
126. Haben Sie die Reise auf eigene Kosten unternommen? **nein**
127. Falls nein, auf wessen Kosten? **nein**
128. Welche Personen oder Organisationen haben Sie besucht? **keine**
129. Haben Sie jemals und falls ja, in welcher Rolle, in der Zivilverwaltung in einem der von Deutschland eingegliederten oder besetzten Gebiete gedient? **nein**
130. Falls ja, geben Sie Einzelheiten an über Ihr Amt, Ihren Pflichtenkreis sowie Ort und Zeitdauer des Dienstes. **keine**
131. Kenntnis fremder Sprachen und Grad der Vollkommenheit. **keine**

Die auf diesem Formular gemachten Angaben sind wahr, und ich bin mir bewusst, dass jegliche Auslassung oder falsche und unvollständige Angabe ein Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung darstellt und mich der Anklage und Bestrafung aussetzt.

Berlin, den 19. August 1946

Eigenhändige Unterschrift



Weihnachtsfeier am 22.12.1949 in der Siedlung „Freie Scholle“ mit dem französischen General Jean Ganeval

Dokument 1946

„Das Nürnberger Urteil ist kein Schlusspunkt“

Franz Neumann bei einer Kundgebung



Der im November 1945 in Nürnberg eröffnete Prozess des Internationalen Militärtribunals gegen Hauptkriegsverbrecher wurde am 1. Oktober 1946 mit einem Urteilsspruch beendet, der in zwölf Fällen die Todesstrafe und in sieben Fällen langjährige Freiheitsstrafen verhängte. Drei der Angeklagten – darunter Franz von Papen und Hjalmar Schacht – wurden freigesprochen. Als verbrecherische Organisationen stuften die Nürnberger Richter das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die Gestapo, den SD und die SS ein, nicht jedoch die ursprünglich ebenfalls angeklagten Institutionen des Reichskabinetts, des Generalstabs und des Oberkommandos der Wehrmacht.

Bei einer Kundgebung vor dem Rathaus Tiergarten erklärte Franz Neumann am 2. Oktober 1946:

Das Nürnberger Urteil hat die Verbrechen gegen den Weltfrieden gerichtet, die von den führenden Nationalsozialisten begangen wurden: die Verschwörung gegen den Weltfrieden, die Planung, Entfesselung und Durchführung des Angriffskrieges, die Verbrechen gegen das Kriegsrecht und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Urteil ist unvollständig. Es war nicht die Sache des Nürnberger Gerichts, die Schuldfrage gegenüber den Verbrechen am deutschen Volk zu stellen. Die in Deutschland politisch verantwortlichen Parteien, das deutsche Volk selbst, stellen diese Schuldfrage.

Deutschland ist in seinen Lebensgrundlagen zerstört. Die Arbeit eines Jahrhunderts ist vernichtet. Auf Jahrzehnte darf das deutsche Volk keinen Wohlstand erwerben. Es muss Sklavenarbeit verrichten und auch seine Jugend in Not aufwachsen lassen.

Deutschland hat seine Freiheit verloren. Deutschland hat seine Ehre und sein Ansehen verloren. Das deutsche Volk verlor seine besten und tapfersten Söhne und Töchter durch Mord und KZ's. Deutschlands Schande macht vor der deutschen Arbeiterschaft nicht halt. Auch die deutsche Arbeiterklasse ist in der Welt verfehmt.

Getroffen werden muss das nationalsozialistische System. Um die Schuld des nationalsozialistischen Systems hat sich der Nürnberger Gerichtshof nicht gekümmert. Sie war nicht seine Sache. Diese Schuld des nationalsozialistischen Systems festzustellen und für sie die Sühne zu finden, ist Sache des deutschen Volkes.

Verbrecher können nur einmal ihr Leben verlieren. Aber wenn die in Nürnberg zum Tode Verurteilten für ihre Verbrechen am Weltfrieden

auch ihr Leben verlieren, so wartet auf sie das millionenfache Schuldig für ihre Verbrechen an Deutschland.

Die ganze Existenz des dritten Reiches war Tatbestand eines einzigen fortgesetzten Hochverrates. Dieser Hochverrat wurde begangen gegenüber den Freiheits- und Lebensrechten des deutschen Volkes, die von einer Verfassung garantiert waren, die nie aufgehoben wurde. Die Aufhebung der Grundrechte hat das Volk als den eigentlichen Souverän in Deutschland entmachtet. Sie hat die Diktatur und Willkür einer Partei ermöglicht. Sie hat Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung in die Hand eines einzigen Menschen gelegt, der niemandem verantwortlich war. Nur dadurch konnte es zum Verbot oder zur Auflösung der oppositionellen Parteien kommen. Nur dadurch konnten Mord und Terrorakte dem Gesetz und dem Richter entzogen werden.



Vor der Wahl für die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 20.10.1946. Franz Neumann hält eine Ansprache während einer Wahlkundgebung der SPD in der „Neuen Welt“.

deutsche Schwerindustrie und Hochfinanz Hitler ihre ganze Macht zur Verfügung gestellt. Gerade Papen und Dr. Schacht waren hierbei die Träger und die wirklich Schuldigen. Dr. Schacht hat nicht nur die nationalsozialistische Partei, sondern auch die Aufrüstung und den Krieg finanziert. Von Papen hat den Staatsapparat an Hitler ausgeliefert.

Die führenden Männer des nationalsozialistischen Systems waren die Urheber des Reichstagsbrandes. Der Reichstagsbrand war die reale Grundlage für den Hochverrat an der Demokratie. Gerade die in Nürnberg Freigesprochenen sind die Hauptschuldigen am nationalsozialistischen System. Von Papen war der Exponent der deutschen Hochfinanz. Gegen das Versprechen der Aufrüstung und der Niederknüpfung der Arbeiterklasse haben die

Beide waren Träger des goldenen Ehrenzeichens der nationalsozialistischen Partei. Ohne sie hätte es keinen 30. Januar 1933, keine Aufrüstung, keine Angriffskriege und keine Vernichtung Deutschlands gegeben.

Das nationalsozialistische System war ein einziges Verbrechen von Diktatur und Gewalt nach Innen und Außen. In eigener Gerichtsbarkeit muss das deutsche Volk über alle Schuldigen am nationalsozialistischen System sein Urteil sprechen. Nur so kann die Idee von einer möglichen Wiederkehr von Diktatur und Gewalt auch im Bewusstsein des Volkes ausgelöscht und unmöglich gemacht werden.

Ein Volk, das demokratisch werden soll, muss den Militarismus und die Eroberungspolitik hassen. Das Oberkommando der Wehrmacht, der Generalstab und das ganze Reichskabinett haben den Militarismus und den Eroberungskrieg zum System gemacht. Sie sind schuldig wie das nationalsozialistische System selbst. Mögen das Oberkommando der Wehrmacht, der Generalstab und das Reichskabinett von der Welt außerhalb Deutschlands nicht für schuldig erklärt werden. Da sie mit dem nationalsozialistischen System eine Einheit bilden, muss das deutsche Volk auch bei ihnen die Schuldigen feststellen und richten.

Das Nürnberger Urteil ist kein Schlusspunkt. Weitere Prozesse und Urteile werden folgen, und zwar von deutschen Gerichten. Wir erwarten von den Alliierten, dass sie dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, in kurzer Zeit einen neuen deutschen Staat aufzubauen, eine unabhängige deutsche Republik mit einem obersten Staatsgerichtshof, der zur Aburteilung aller nazistischen Hauptverbrecher berufen ist.

Für uns Sozialdemokraten ist es undenkbar, dass die kleinen PG's verurteilt, vom Wahlrecht ausgeschlossen und wirtschaftlich benachteiligt werden, während gleichzeitig die Hauptschuldigen, die Wegbereiter und Volksverführer frei herumlaufen.

Deshalb sind wir Sozialdemokraten nicht nur so genügsam, nur gegen die Wiederkehr des Hitlernazismus, dieser deutschen Spielart des Faschismus, zu demonstrieren, sondern unsere tödlichste Feindschaft, unser kompromissloser Kampf gilt jedem politischen Terror, jeder Willkürherrschaft, jeder Diktatur!

Zur CDU und zum „Christlichen Sozialismus“

Franz Neumann: Auszug aus einer 1946 gehaltenen Rede, nachgedruckt in der „Berliner Stimme“ vom 10. 08. 1974

Die Führer der CDU berufen sich in Reden, Artikeln und Programmen mit Vorliebe auf „christliche Grundsätze“, sie betonen gerne eine Politik aus „christlicher Verantwortung“, und zwar in einer Weise, als ob die CDU ein Monopol hierfür besitze und ein Sammelbecken darstelle für alle, die sich zum Christentum bekennen. Sie wendet sich damit an die religiösen Gefühle, die in dieser oder jener Form jedem Menschen inne wohnen.

Wir lehnen eine solche Vermischung von Religion und Politik ab und sind der Meinung, dass die Aufgaben des Staates und die Interessen der Konfessionen auf ganz verschiedener Ebene liegen. Das religiöse Bekenntnis ist die privateste und innerlichste Angelegenheit jedes Menschen und sollte uns – auch vom Standpunkt der Menschenrechte aus – zu heilig sein, um eine Verquickung mit der Politik zuzulassen.

Aus diesem Grunde treten wir Sozialdemokraten für die Trennung von Staat und Kirche ein. Die staatliche Unterstützung der kirchlichen Organisationen, die sich geschichtlich aus der mittelalterlichen Vormachtstellung der Kirche erklärt, hat heute, wo das religiöse Bekenntnis auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruht, keine Berechtigung mehr. Ebenso wenig können wir Sozialdemokraten den Konfessionen irgendeinen Vorrang in der Erziehung unserer Kinder einräumen. Wir betrachten auch den Religionsunterricht als eine Frage der persönlichen Entscheidung der Eltern.

Ebenso, wie wir auf dem organisatorischen Gebiet für eine reinliche Trennung der Zuständigkeiten sind, lehnen wir auch jene ideelle Vermischung ab, die sich in dem Begriff von „christlichem Sozialismus“ bekundet.



Die Abgeordneten des 1. Berliner Stadtparlamentes: Karl Liedtke (SED), Franz Neumann (SPD), Prof. Dr. Kurt Landsberg (CDU) und Hubert Schwennicke (FDP), 1946.

Sozialismus und Christentum haben manche Berührungspunkte, insbesondere, seitdem die Kirchengemeinschaften ihre politische Machtstellung eingebüßt haben, auf sozialem Gebiet. Hier werden sich auch mancherlei Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit ergeben, wie sie früher schon zwischen der Arbeiterwohlfahrt, der Inneren Mission, dem Caritas-Verband und anderen Verbänden bestand. Wir können allerdings keinerlei Verbindungslinien zwischen Wirtschaft und Religion entdecken, wie sie in dem Begriff Christlicher Sozialismus angedeutet sind. Religion ist eine Sache des Glaubens, des Gewissens und des Verhältnisses des Menschen zu seinem Gott; Wirtschaft dagegen hat mit der Vernunft und mit der Gestaltung der irdischen Dinge zu tun. So wenig man von einem christlichen Kapitalismus sprechen kann, ebenso wenig gibt es einen christlichen Sozialismus. Man vermengt hier Begriffe, die nichts miteinander zu tun haben, entweder aus mangelnder eigener Begriffsklarheit oder aus der Absicht, Verwirrung bei anderen zu stiften.

Der Sozialismus ist für uns in erster Linie jenes System einer Neuordnung, welches durch planmäßige Gestaltung der Wirtschaft das kapitalistische System abzulösen hat. Unser Sozialismus steht also im Gegensatz zum Kapitalismus, nicht zum Christentum. Wir weisen jeden Versuch, durch eine bewusste Verwirrung dieser Begriffe politische Geschäfte zu machen und die religiösen Gefühle in den Dienst einer politischen Bewegung zu stellen, als unwürdig zurück.

Verschwundene

Franz Neumann in „Die Zeit“

Den Begriff „Verschwundene“ verbindet man heute in der Regel mit Militärdiktaturen Mittel- und Südamerikas, Asiens und Afrikas. Doch schon in den späten 40er und frühen 50er Jahren hatte das Wort im besetzten Deutschland seinen düsteren Klang: Als „Verschollene“ und „Vermisste“ galten Menschen, deren Spuren sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit verloren. Mit dem Wort „Verschwundene“ meinte man dagegen Personen, die zunächst nach Kriegsdienst und Kriegesgefangenschaft wieder in den Kreis ihrer Familie zurückgekehrt waren oder nach Flucht und Vertreibung einen neuen Wohnsitz gefunden hatten, dann aber auf Geheiß einer Besatzungsmacht (meist von den Sowjets und ihren deutschen Helfern) festgenommen wurden und für lange Zeit, manchmal für immer, von der Bildfläche verschwanden, ohne dass ihre Angehörigen Auskunft über ihren Verbleib erhielten. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung war oft von diesen „Verschwundenen“ die Rede.

Das am 20. Oktober 1946 frei gewählte Parlament der Vier-Sektoren-Stadt erörterte bereits in seiner 22. Sitzung am 27. März 1947 einen Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Verhaftung von Studenten der Berliner Universität und anderer Jugendlicher. Namen hatte eine Zeitung des Ostsektors genannt und über „unerlaubten Waffenbesitz“ berichtet. Sprecher der Christlichen Demokraten (Kurt Landsberg), der Sozialdemokraten (Annedore Leber) und der Liberaldemokraten (Carl-Hubert Schwennicke) forderten Aufklärung, Mitglieder der SED-Fraktion (Bruno Baum und Otto Winzer) sprachen von „faschistischen Kräften“ an der Berliner Universität.

Immerhin verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung am 12. Juni 1947 einen Appell aller Fraktionen, „1. die Namen aller Zivilpersonen, die sich im Gewahrsam einer Besatzungsmacht befinden, bekannt zu geben, 2. einen Schriftwechsel dieser Personen mit Angehörigen zu genehmi-

gen, 3. im Falle des Todes den Angehörigen Nachricht zu geben“. Keiner der drei Punkte sei verwirklicht, musste Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr ein halbes Jahr später in der 47. Sitzung am 13. November 1947 feststellen, die Rechtsunsicherheit in Berlin werde durch das Verschwinden von Menschen gekennzeichnet – er erwähnte den Fall des „Abend“-Redakteurs Dieter Friede, der besonders viel Beunruhigung ausgelöst hatte¹. Neumann teilte in der anschließenden Debatte mit, dass er Familienangehörige von Verschwundenen gebeten habe, Namen mitzuteilen, und dass ihm bereits 5.413 Fälle benannt worden seien. Diese erste Liste wurden in den folgenden Jahren überprüft, ergänzt, korrigiert.

Eine Bilanz seines Mühens um die Aufklärung ungeklärter Schicksale zog Neumann neun Jahre später für eine Hamburger Wochenzeitung:

Franz Neumann in dem Wochenblatt „Die Zeit“ am 3. Mai 1956:

Am 21. April 1956 fand im Metropol-Theater in Berlin, an der Stätte, an der zehn Jahre zuvor die Zwangsvereinigung SPD/KPD zur SED durchgeführt wurde, eine Gedenkundgebung der SED statt.

Aus den Reden von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl klang deutlich die Tatsache, dass diese Zwangsvereinigung vor 10 Jahren nur im Machtbereich der sowjetischen Bajonette durchgeführt werden konnte. Beide Redner kamen dann wieder einmal mit Angeboten an die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Aktionsgemeinschaft heraus. Nun, Ulbricht hat ja schon erklärt, dass er bereit ist, sich „mit Vertretern der SPD an einen Tisch zu setzen, ohne etwas über die Vergangenheit zu sagen, damit niemand sagen kann, er fühle sich von vorn-herein beunruhigt“.

Wenn politische Menschen über die Vergangenheit schweigen wollen, wird sie nicht allzu ruhmreich für sie gewesen sein. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass Herr Ulbricht, Herr Grotewohl und die anderen beunruhigt sein müssten, wenn sie an die Praxis der 10 Jahre in der sogenannten DDR denken.

Ulbricht, Grotewohl und die anderen erklären, dass nicht ein einziger Sozialdemokrat, dass nicht ein einziger Bürger wegen seiner demokratischen politischen Überzeugung eingesperrt worden sei.

¹ Der 1907 geborene West-Berliner Dieter Friede wurde Anfang November durch einen Telefonanruf nach Friedrichshagen bei Berlin gelockt und dort von Angehörigen des sowjetischen NKWD festgenommen. Nachdem der sowjetische Stadtkommandant zunächst versichert hatte, nichts über Friedes Verbleib zu wissen, hieß es einige Monate später, er sei wegen „Spionage“ verhaftet. Er wurde zu Zwangsarbeit in Workuta verurteilt, konnte erst 1955 in die Bundesrepublik zurückkehren und starb nach langer Krankheit Anfang 1967 in West-Berlin.



Karl Heinrich nach 1945

Grotewohl behauptet darüber hinaus, dass es keine Konzentrationslager in der sogenannten DDR gebe. Am Sonnabend sagte Grotewohl dagegen in seiner Rede (nachzulesen im „Neuen Deutschland“ vom 22. April 1956), dass er auch in der Frage der verhafteten Sozialdemokraten zu einer Verständigung bereit wäre.

Es leben noch genug Zeugen, die wissen, dass ich Otto Grotewohl 1945 immer und immer wieder gedrängt habe, sich um das Schicksal verschleppter Sozialdemokraten zu kümmern. Da war beispielsweise der Polizeimajor Karl Heinrich, der unmittelbar nach der Kapitulation von den Sowjets zum Kommandeur der Schutztruppe Berlins ernannt wurde.

Acht Jahre Zuchthaus und KZ im Dritten Reich hatte er hinter sich. Aber schon am 2. August 1945 verschwand er aus dem Dienstzimmer des von den Sowjets aus Russland mitgebrachten neuen Polizeipräsidenten Markgraf. Mehrmals habe ich Grotewohl den Vorwurf gemacht, dass er diesen Fall nicht den sowjetischen Militärbehörden vorgetragen hat. Grotewohl erklärte mir am 29. Dezember 1945 persönlich in Gegenwart von 30 heute noch lebenden Zeugen, dass Karl Heinrich sich im Keller der sowjetischen Militärkommandantur in der Luisenstraße befinde und dass er warne, etwas zu tun – da sich sonst das Schicksal Heinrichs noch verschlimmern würde. Heinrich ist, wie wir erst später erfuhren, unter jämmerlichen Verhältnissen im KZ Berlin-Hohenschönhausen umgekommen².

² vergl. Karl Heinrich, geb. 25. September 1890 in München, gest. 4. November 1945 in Speziallager Nr. 3 Hohenschönhausen (Berlin), in: Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, herausgegeben vom Vorstand der SPD, Marburg 2000, S. 136



Stacheldrahtzaun vor dem sowjetischen Speziallager Sachsenhausen Nr. 1 mit dem Schild „Verbotene Zone“ und Wachturm, Mai/Juni 1949

Der Leiter des Arbeitsamtes Berlin-Wilmersdorf, Paul Volkmann, wurde am 9. Dezember 1945 von den Sowjets nach Denunziation durch den Kommunisten Kotschke in Neustadt a.d. Dosse verhaftet. Er hatte sich freimütig über die Zwangsvereinigung und die kommunistische Bodenreform geäußert. Da er in Vertretung von Fritz Ebert diese Versammlung durchgeführt hatte, habe ich diesen und Otto Grotewohl aufgefordert, bei den sowjetischen Militärbehörden nachzuforschen, zumal in diesem Fall die Stellen, die verhaftet hatten, ja bekannt waren.

Die erste Nachricht, die uns über das Schicksal Volkmanns zugeing, erhielten wir aber nicht von den Befragten, sondern durch den illegalen Apparat der im Konzentrationslager Sachsenhausen verhafteten Sozialdemokraten. Bis zur Auflösung dieses Lagers war Volkmann einer von den vielen Tausenden Gefangenen dieses Lagers. Seine Frau bekam aus dem berühmten Zuchthaus Waldheim folgenden am 18. Juni 1951 geschriebenen Brief:

„Ich bin zu 18 Jahren Zuchthaus und Vermögensentzug verurteilt gemäß Kontrollratsdirektive 38. Gegen dieses Urteil habe ich Berufung eingelegt. Ich bin noch gesund und munter. Vor allem warte ich recht sehnsüchtig auf einen recht ausführlichen Brief von Dir und meinem lieben Töchtling und möchte auch recht viel von meinem kleinen Enkel

erfahren. Über 54 Monate bin ich ohne Nachricht von Euch. Es ist eine lange Zeit. Meine Verhaftung erfolgte in Neustadt / Dosse, nachdem ich dort in einer SPD-Versammlung gesprochen habe.
Herzlichen Gruß an Euch drei. Paul“

Auch Volkmann teilte das Schicksal Karl Heinrichs. Am 17. Juli 1951 verstarb auch er unter grausamen Umständen im Zuchthaus Waldheim³.

Vielleicht behaupten Sie, Herr Grotewohl auch, dass es ein Zuchthaus Waldheim gar nicht gibt; nun, die Anschrift des Zuchthauses lautete: Waldheim, Schließfach 23.

Interessant ist auch der Bericht über die Verschleppung eines Sozialdemokraten Skrabei aus dem französischen Sektor am 6. Januar 1946. Der kommunistische Bezirksbürgermeister Böhm richtete an den kommunistischen ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin, Maron – heute Innenminister in der Zone –, ein Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, dass Skrabei „von Soldaten in russischer Uniform verhaftet worden sei“. „Da die Angelegenheit im Kreise der Verwaltung unliebsames Aufsehen erregte, bitte ich Sie, über den russischen Verbindungsoffizier Erkundigungen einzuziehen, ob diese Verhaftung von offizieller Stelle der Roten Armee aus erfolgte und welche Ursachen zu der Verhaftung führten.“ Aus der Antwort des Herrn Maron vom 11. März 1946, die im Original in meinem Besitz ist, zitiere ich kommentarlos folgenden Teil:

„Ich habe das Schreiben zwar weiter gegeben, bezweifle aber, dass es zu einem Erfolg führen wird, da im allgemeinen von seiten der sowjetischen Besatzungsbehörden abgelehnt wird, Auskünfte über die Verhaftung bestimmter Personen zu erteilen.

Außerdem erscheint es fraglich, ob diese Verhaftung von einer offiziellen Stelle angeordnet oder durchgeführt wurde, da Lübars ja nicht zum russischen Besatzungssektor gehört. Es ist durchaus möglich, dass es sich um eine Provokation handelt, das heißt, dass sich irgendwelche Personen russische Uniformen anzogen und diese Verhaftung durchführten, um die Rote Armee zu diskreditieren.“

In der 47. und 48. Sitzung des Ersten Deutschen Bundestages, am 16. und 17. März 1950, habe ich über die vorgenannten Fälle und eine Reihe

³ vergl. Paul Volkmann, geb. 11. Januar 1894 in Rybnik, gest. 8. Juli 1951 in der Strafvollzugsanstalt Waldheim, im „Gedenkbuch“ (Anm. 1), S. 336

anderer gesprochen. Dabei nannte ich auch die Namen der vier Jugendlichen Lothar Otter, Horst Glank, Günther Schlierf, Gerhard Sperling, die am 7. Juli 1949 zu je 25 Jahren Zwangsarbeitslager wegen Verbreitung sozialdemokratischer lizenzierter Flugblätter verurteilt wurden.

Die ersten drei sind vor einem Jahr begnadigt worden. Der am 9. Juni 1930 geborene Gerhard Sperling sitzt aber immer noch hinter Zuchthausmauern, obwohl er wegen einer Rückgratverletzung, die als Folge von Misshandlungen entstand, lange Zeit bewegungsunfähig war und zeitweise völlig in Gips gepackt im Zuchthauslazarett gelegen hat.

Haben Sie, Herr Grotewohl, auch hier den Mut zu sagen, dass Ihnen keine politischen Gefangenen bekannt sind? Ihre eigenen Regierungsorgane strafen Sie Lügen.

„Regierung der Deutschen Demokratischen Republik - Hauptabteilung II - Berlin W 8 Clara-Zetkin-Str. 93 16. 3. 56

Betr. Ihr Gesuch für Ihren Sohn Gerhard Sperling vom 23. 8. 1955

Wie Ihnen aus den Veröffentlichungen der demokratischen Presse bekannt ist, wurde bei Verurteilten wegen Kriegsverbrechens eine Befreiung von der weiteren Strafverbüßung ausgesprochen. Der verurteilte Gerhard Sperling ist aber wegen Untergrundtätigkeit verurteilt worden. Die Schwere dieses Verbrechens gibt keinen Anlaß, die Angelegenheit dem Präsidenten zur Einleitung eines Gnadenverfahrens vorzulegen. Böhme, Hauptabteilungsleiter“

Kriegsverbrechen sind also harmlose Angelegenheiten gegenüber der Untergrundbewegung eines 18jährigen Jungen. Flugblattverteilung ist ein Verbrechen, dessen Schwere so groß ist, dass die kommunistischen Behörden im 8. Jahr nach der Verurteilung für einen armen kranken jungen Menschen nicht einmal ein Gnadengesuch Herrn Pieck unterbreiten können.

Was sagen Sie dazu, Herr Grotewohl?

Ist Ihnen das Urteil gegen die 19 Oberschüler aus Werdau bekannt? 130 Jahre Zuchthaus in einer einzigen Verhandlung. In 12 Jahren des Bismarckschen Sozialistengesetzes von 1878-1890 wurden Freiheitsstrafen von zusammen 1000 Jahren verhängt. Wegen Beteiligung an den Demonstrationen des 17. Juni 1953 wurden von

sowjetischen Militärgerichten, sowjetzonalen Bezirksgerichten und dem Stadtgericht Ostberlin, verurteilt:

17 Personen zum Tode

7 Personen zu lebenslänglichem Zuchthaus

165 Personen zu 1367 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus

98 Personen zu 153 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

(Diese Liste erhebt nicht einmal Anspruch auf Vollständigkeit).

Herr Grotewohl, Sie bestreiten das Bestehen von Konzentrationslagern. Es ist richtig, dass sie seit Jahren abgebaut werden. Ist aber das Elend der Gefangenen dadurch beseitigt worden, dass sie vom KZ ins Zuchthaus überführt wurden?

Der Strafvollzug der Häftlinge ist eine lebensvernichtende Marter. Ein-Mann-Zellen sind mit vier Personen belegt; bis zu 500 liegen zusammengepfercht in Sälen; die Verpflegung ist völlig unzureichend. Das gilt für Waldheim und Bautzen, für Torgau, Brandenburg, Hönitz, Bötzw – Dreierbergen, um nur einige zu nennen. Seit dem August vorigen Jahres dürfen die Häftlinge keine Pakete mehr von den Angehörigen empfangen. In bedrohlichem Maße beginnen sich nun wieder die Mangelkrankheiten auszubreiten. Den Häftlingen wurde damit die einzige wesentliche Hilfe genommen, die sie bis dahin noch von der Außenwelt empfangen durften. Für die SED ist das alles aber nur ein „Zuchthausrummel“.

Herr Grotewohl, Sie kennen persönlich den heute 68jährigen Paul Szillat, Oberbürgermeister in Rathenow, der seit beinahe 50 Jahren Mitglied der SPD ist und seit 1951 im Zuchthaus Brandenburg schmachten muss⁴.

Ihnen ist ferner persönlich bekannt Willi Plumbohm, ehemaliger Stadtrat in Magdeburg, 76 Jahre alt, 1955 zum zweiten Mal verhaftet und verurteilt.

Sie kennen Max Georgi, den Glauchauer Stadtverordneten, der gleichfalls 25 Jahre erhalten hat⁵. Als Vorsitzender der Sozialdemokraten Berlins muss ich auch wieder einmal an den Schatzmeister der Berliner FDP erinnern. Am 22. September 1950 ist Herr Borm mit seiner Frau und einem Parteifreund Wende auf der Fahrt zu einer FDP-Konferenz in Kassel verhaftet worden. Frau Borm und Herr Wende sind am 16. März

⁴ In seinem Begleitschreiben an die Gräfin Dönhoff in der „Zeit“-Redaktion teilte Neumann am 26. 4. 1956 mit, Szillat sei „einer der 83 Amnestierten, die ADN eben durchgibt“. Vergl.: Paul Szillat, geb. 30. Oktober 1888 in Berlin, gestorben 17. Oktober 1958 in Berlin, im „Gedenkbuch“ (Anm. 1), S. 322 f.

⁵ Vergl. Max Georgi, geb. 9. November 1896 in Glauchau, Sterbedatum ungeklärt, im „Gedenkbuch“ (Anm. 1), S. 110 f.



Zuchthaus Waldheim, Luftbild von 1942

1952 mitten in Ostberlin aus einem Gefangenenwagen ausgesetzt worden, nachdem sie trotz langer Haft niemals ein Verfahren hatten. Der unglückliche Herr Borm, der von einem deutschen Gericht in Greifswald zu 10 Jahren verurteilt wurde, soll sich immer noch in Bötzw-Dreierbergen befinden⁶.

Zum Schluss noch den Fall des am 12. Oktober 1949 verhafteten, damals 17jährigen Jugendlichen Dieter Witte. Wegen „illegaler Gruppenbildung“, lies „Sozialdemokratismus“ wurde dieser arme Junge zu 25 Jahren verurteilt, die er im Zuchthaus Bautzen absitzt, obwohl er sich eine schwere Lungentuberkulose und ein schmerzhaftes und lebensgefährliches Leberleiden zugezogen hat.

Aus der großen Fülle meines Materials habe ich nur ein paar Namen herausgegriffen. Die Sowjetdeutschen haben sich von den Sowjetrussen, die ihre Gefangenen zum großen Teil freigegeben haben, beschämen lassen. Wir aber dürfen die politischen Gefangenen nicht vergessen. Alle anständigen Menschen müssen zusammen stehen, um diese Schande des 20. Jahrhunderts zu beseitigen.

Wir alle dürfen nicht müde werden in der Forderung: Freiheit für die politischen Gefangenen und Verfolgten des Kommunismus.

⁶ Borm wurde 1959 aus der Haft entlassen. Er nahm in den 60er und 70er Jahren wichtige Funktionen in der FDP West-Berlins und in Bonn wahr. Erst nach seinem Ableben wurde seine Verbindung zur HVA des MfS der DDR bekannt, vergl. „Der Fall William Borm“, in: Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 67-70

Dokument 1957

Die soziale Neuordnung Gesamtdeutschlands

Franz Neumann: Beitrag in „Junger Vorwärts“

Für die Zeitschrift der Berliner Jungsozialisten, Junger Vorwärts, verfasste Franz Neumann im März 1957 einen Beitrag zu den „vielfältigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sonstigen politischen Problemen“, die sich mit der deutschen Wiedervereinigung – vor und nach dem „sogenannten Tag X“ – stellen würden. Dazu müsse man das politische Bewusstsein der Bevölkerung „entbonnisieren“:



Franz Neumann bei einem Besuch des ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun an der Sektorengrenze, 1950

Gewiss, eine Reihe allgemeiner Feststellungen und auch Vorstellungen gehören zum Gemeingut und unterliegen kaum ernsthafter Diskussion. Hierzu gehört die unbedingte Herstellung demokratisch-parlamentarischer Staatsformen in den Ländern der Zone, hierzu gehört die Beseitigung aller für eine Diktatur typische Erscheinungen wie Vorherrschaft einer Partei im politischen Leben, Staatssicherheitsdienst, Haus- und Straßennoblesse, hierzu gehört die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Prinzipien vor allem in der Rechtspflege und in der unbedingten Respektierung der Menschenrechte, und hierzu gehört auch bis zum Tage der Wiedervereinigung die Aufrechterhaltung der technischen Kontakte und die Pflege menschlicher Beziehungen, um sicherzustellen, dass gewisse Grundbestände einfachster Art gegeben sind, wenn es heißt, die großen Aufgaben der möglichst schmerzlosen Zusammenführung beider Teile Deutschlands zu meistern.

Weder - noch

Aber alles das ist nur ein äußerst allgemeiner und bescheidener Rahmen für die vielfältigen Schwierigkeiten und Einzelfragen, die am Tage nach der Befreiung Mitteldeutschlands auf uns einströmen werden, und man wird diesen Schwierigkeiten weder damit gerecht, dass man etwa, wie es offensichtlich in manchem westdeutschen Kopf umher spukt, nun schematisch die bundesdeutsche Restauration auf die Verhältnisse in der Ostzone überträgt und dieser das Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwesen Westdeutschlands oktroyiert, noch aber auch etwa, wenn man nach der Art der SED die Forderung erhebt, alle sogenannten Errungenschaften der DDR möglichst unangetastet dem künftigen Gesamtdeutschland als politische Erbschaft zu hinterlassen, was gleichbedeutend mit der Fortsetzung der diktatorischen Vorherrschaft einer Partei in diesem Teile Deutschlands wäre. Beide Vorstellungen – schematische Übertragung westdeutscher Verhältnisse auf die Zone oder schematische Aufrechterhaltung zentraler Verhältnisse in Mitteldeutschland – entspringen im Grunde genommen dem gleichen Gefühl hüten wie drüben, nämlich der Angst und der Abneigung gegenüber allen echten Bestrebungen der deutschen Wiedervereinigung.

Wir Sozialdemokraten haben längst erkannt, dass die Probleme sehr viel tiefer und schwieriger liegen und mit vereinfachten ideologischen Maßstäben nicht zu lösen sind. Es seien nur einige, die sich

zwangsläufig stellen, aufgezählt, ohne dass auch nur der geringste Anspruch auf fertige Lösungsvorschläge hier erhoben werden kann:

Um die Besitzverhältnisse

Zu lösen ist die Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln in Landwirtschaft, Grundbesitz, Einzelhandel, Großhandel und Industrie. Auf allen diesen Gebieten hat vom volkseigenen Betrieb über die Bodenreform bis zur Konsumgenossenschaft und zur HO weitgehend Verstaatlichung und fast stets unter Missachtung primitivster rechtsstaatlicher Grundsätze stattgefunden, sehr häufig nicht nur zur betriebswirtschaftlichen, sondern auch volkswirtschaftlichen Rentabilität. Zweifellos wird in vielen Fällen nicht nur aus Entschädigungsgründen, sondern auch im Interesse des Gemeinwohls eine Rückgabe insbesondere der Mittel- und Kleinbetriebe gefordert werden müssen; in vielen Fällen aber, insbesondere bei der Großindustrie und beim ostelbischen Agrargroßgrundbesitz werden andere organische Lösungen an das Vorhandene anknüpfen müssen. Was aber auch geschieht, muss unter ausreichendem öffentlichem Einfluss und unter ausreichender öffentlicher Kontrolle vor sich gehen.

Handelsbeziehungen

Beide Teile Deutschlands haben in der Zeit der Spaltung in verschiedener Richtung weitgehende wirtschafts- und handelspolitische Beziehungen angeknüpft und Bindungen hergestellt, die für das wirtschaftliche Schicksal der betreffenden Teile von ausschlaggebender Bedeutung geworden sind. Eine abrupte Änderung dieser Beziehungen etwa aus politischen Gründen kann zu schwersten sozialen und ökonomischen Schädigungen führen. Andererseits muss selbstverständlich Schluss gemacht werden mit jeder Art wirtschaftlicher Bindungen, die auf politische Abhängigkeit hinauslaufen. Das gesellschaftliche System in der Zone hat einschneidende Änderungen erfahren, wobei häufig, durch diktatorische Einflüsse verzerrt, gelegentlich auch Regelungen eingetreten sind, die auf dem Fundament einer freiheitlich-demokratischen Ordnung durchaus als fortschrittlich bezeichnet werden können.

Fortschrittliche Regelungen

Hier stellt sich erneut die Frage z.B. nach der einheitlichen Sozialversicherung, nach der Beseitigung gewisser Bildungsprivilegien, nach der Einheitsschule, nach der Aufhebung vieler gesellschaftli-

cher Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern, nach der einheitlichen Gestaltung des öffentlichen Dienstrechtes und vieles andere mehr. Alle diese Dinge fordern von uns konstruktive Überlegungen, sorgfältiges Abwägen aller Vor- und Nachteile und vor allem eine Bereitschaft zum Handeln frei von jeglichen Ressentiments. Manche Begriffe sind durch die Willkürherrschaft der SED zweifellos heftig kompromittiert und stoßen auf einen Wall psychologisch verständlicher Abneigung, weil ihr an sich vernünftiger Kern durch eine Fülle verlogener SED-Propaganda für die Augen der Öffentlichkeit praktisch untergegangen ist. Hier wird manche Aufklärungsarbeit nötig sein, aber andererseits darf man auch nicht die Nerven verlieren und soll nicht davor zurückschrecken, als wahr anzusprechen, was wahr ist.

Die heutige DDR – das kann jedoch schon mit aller Deutlichkeit gesagt werden – darf aus Anlass der Wiedervereinigung weder zu einer Igelstellung der SED im künftigen Gesamtdeutschland noch aber auch zu einem Tummelfeld sozusagen kolonialwirtschaftlicher Auswüchse des westdeutschen Großkapitals werden.

Kein Inventurausverkauf

Wir haben noch allzu lebhaft in Erinnerung, wie man uns nach der zweiten Währungsreform im März 1949 in Westberlin obendrein unter dem Mantel der Nächstenliebe und der nationalen Solidarität, aber für gutes und teures Westgeld mit all den Ladenhütern überschwemmte, die man auf dem bereits wieder wählerischer gewordenen westdeutschen Markt nicht mehr absetzen konnte.

Für diese Art von Nächstenliebe und Wirtschaftshilfe bedanken wir uns heute schon im Namen unserer Mitbürger der Zone. Sie haben nach allem, was sie für die Freiheit Gesamtdeutschlands unverschuldet haben leiden müssen, wahrlich mehr verdient an echter Hilfe als einen Inventurverkauf gewinnsüchtiger Marktwirtschaftler.

Diese Probleme sind bewusst von mir angedeutet worden. Sie sollen in dieser oder jener Frage nicht Stein des Anstoßes sein. Wir sollten interessierte und sachverständige Genossen bitten, hier in einer ständigen Kommission weiterzuarbeiten, in einem Ausschuss diese Probleme alle zu diskutieren und dann in nicht allzu ferner Zeit auf dem Parteitag einmal über das Ergebnis ihrer Arbeit zu berichten.

Franz Neumann und Willy Brandt

Von Siegfried Heimann

Auch in Berlin wurde die SPD nach 1945 nicht neugegründet, sondern wiedergegründet. Sie hatte – nachdem sich die Berliner Sozialdemokratie gegen die SED-Gründung hatte behaupten können – mit Kurt Schumacher zwar einen auch in Berlin vorbehaltlos anerkannten „neuen Kopf, aber keine neuen Glieder“ erhalten, wie es später hieß. Franz Neumann, der Organisator der Urabstimmung gegen die Zwangsvereinigung, war der zunächst unumstrittene ‚volkstümliche‘ Vorsitzende, von dem Willy Brandt später in seinem Buch „Links und frei“ schrieb: „Seine große Zeit kam, als es wichtig war, nein sagen zu können“. Aber Brandt fügte sofort hinzu: „Zwischen uns wuchs kein vertrauensvolles Verhältnis“ und umriss so mit einem Satz einen über Jahre andauernden Konflikt zwischen beiden Berliner SPD-Politikern, der erst im Jahre 1958 weitgehend zugunsten von Brandt entschieden worden war¹.

Es war ein Konflikt zwischen zwei Personen, die verschiedener im Charakter nicht hätten sein können, was zu immer schwerwiegenderen gegenseitigen Animositäten führte; es war der Konflikt zwischen dem in der Nazizeit verfolgten Arbeiterfunktionär, der 1945 am liebsten wieder da angefangen hätte, wo er 1933 aufhören musste, und dem von weit links kommenden jungen Emigranten, der im skandinavischen Exil viel dazu gelernt hatte und die SPD auch für neue Schichten öffnen wollte. Es war aber spätestens seit 1950 auch der Konflikt zwischen dem SPD-Traditionalisten, der sozialpolitische Reformen in Berlin der ersten Nachkriegszeit nicht ohne Widerstand einer Zugehörigkeit zur Bundesrepublik opfern wollte, und dem pragmatischen Realpolitiker, der wusste, dass es aufgrund der finanziellen Abhängigkeit Berlins keine Alternative zu der vom Bund geforderten Übernahme von Bundesgesetzen gab. Von daher war es kein „Links-Rechts-Konflikt“,

¹ Vgl. dazu und auch für die Nachweise von Zitaten: Willy Brandt, Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966, bearbeitet von Siegfried Heimann, Bonn 2004, Einleitung



Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, verabschiedet Franz Neumann als Abgeordneten im Rathaus Schöneberg, 3.3.1960



Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer mit dem Bundestagsabgeordneten Franz Neumann

auch wenn die mit beiden Namen verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Berliner SPD in den fünfziger Jahren meist unter dieser Überschrift stattfanden.

Brandt hatte als der „junge Mann“ Reuters diesen gegen den Kurs Kurt Schumachers in der beginnenden Europa-Politik unterstützt. Er schrieb damals an einen guten Freund über seine Tätigkeit als Berliner Bundestagsabgeordneter sehr freimütig: „Meine Mitarbeit in Bonn ist auch darum etwas begrenzt, weil sich – das ist schon kein Geheimnis mehr – mein Verhältnis zu Dr. Schumacher seit dem vergangenen Jahr wesentlich verschlechtert hat. Das

ist öffentlich jetzt dadurch zum Ausdruck gekommen, dass ich der übersteigerten Argumentation gegen den Europarat widersprochen habe. Aber die Meinungsverschiedenheiten und Aversionen beschränken sich nicht auf diesen Punkt.“ Die Mehrheit der Berliner Sozialdemokraten unter dem Landesvorsitzenden Neumann hingegen folgte der Parteiführung in Hannover. Auch nach dem Tode Schumachers 1952 blieb Franz Neumann der „Mann der Baracke“, sprich: der Mann des seit 1950 in Bonn ansässigen Parteivorstandes. Bis 1958 nutzte er seine guten Verbindungen zur SPD-Parteiführung, um Brandt den Aufstieg in der Berliner und auch in der Bundespartei zu erschweren.

In den vierziger Jahren war das Verhältnis zwischen Willy Brandt und Franz Neumann noch weitgehend unproblematisch. Neumann schien in Brandt – anders als später – noch in keiner Weise einen Konkurrenten zu sehen und entsprechend positiv wurde sein Auftreten in der Partei von Neumann und seinen Anhängern gesehen. So berichtete etwa die langjährige Mitarbeiterin Neumanns, Edith Krappe, im August 1949 in einem Brief an Neumann über die Ereignisse in Berlin. Über eine Sitzung des Landesausschusses schrieb sie: „Willi Brand (!) hielt ein Referat über Lehren aus der Wahl vom 14. Aug. Er gab dabei einen ausgezeichneten Überblick über die Einzelheiten der Länder West-

Deutschlands, es schloß sich daran dann auch eine ausgiebige und gute Diskussion.“ Allerdings datieren schon aus jenen Jahren die ersten Hinweise darauf, dass Neumann Informationen über die Vergangenheit Willy Brandts sammelte oder von anderen sammeln ließ, eine Sammlung, die er noch bis Anfang der sechziger Jahre fortsetzen sollte.

1948 gab es gleichwohl in der eindeutigen Ablehnung des politischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone keinen Dissens in der Berliner SPD und damit auch nicht zwischen dem Oberbürgermeister Ernst Reuter und Willy Brandt auf der einen Seite und dem Berliner Landesvorsitzenden Franz Neumann und seinen Anhängern auf der anderen Seite. Die gesamte Berliner SPD verließ während der Blockade dem ‚antikommunistischen Protest‘ der Berliner gegen die Politik der Sowjetunion holzschnittartig und darum auch sehr wählerwirksam Ausdruck. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 1948 bestätigten die SPD als „Berlin-Partei“. Sie erhielt in den drei Westsektoren Berlins über 64%. Franz Neumann und Willy Brandt hatten an diesem Ergebnis gleichermaßen ihren Anteil.

Brandt besaß als Remigrant gerade für die schwierige Situation in Berlin einen Schatz an Erfahrung, der ihm nicht zuletzt wegen seiner Sprachkenntnisse den Umgang mit den Alliierten erleichterte. Aus dieser Auslandserfahrung resultierte eine Gelassenheit im Umgang mit den Amerikanern, die in den vierziger und fünfziger Jahren in der Berliner Sozialdemokratie bei weitem nicht alle hatten. Er hatte in der Emigration gelernt, die auch von ihm in den zwanziger Jahren noch mitvertretene „Politik, die zwischen unfruchtbaren Sektierertum und wirkungsloser Opposition schwankte [...]“, kritisch zu sehen, und er wurde trotz Widerspruchs aus der Partei nicht müde, diese seine Erfahrungen seinen ‚unbeweglich‘ scheinenden Genossen zuzumuten. Nicht anders ist etwa Willy Brandts Rede auf dem Berliner Landesparteitag im Mai 1949 zu verstehen, in der er gleichermaßen gegen die dogmatischen „Sektierer mit der Zitatensbibel“ zu Felde zog wie gegen diejenigen, die lieber in die Opposition gehen wollten, als zu Kompromissen bereit wären. Seiner Partei empfahl er später – in einer Rede auf einem Landesparteitag 1954 – auch einen anderen Umgang mit dem politischen Gegner. Es sei besser, „die kritische Haltung mit einem ja wenn zu begründen statt mit einem nein aber. Wir sollten bemüht sein, unsere Forderungen so positiv wie möglich zu erheben“.

Zumindest bei Heinrich Albertz, der von Franz Neumann 1955 aus Niedersachsen als Senatsdirektor nach Berlin geholt worden war, fand er für seine nachdenklichen Überlegungen ein offenes Ohr, da jener die Haltung einiger seiner neuen Berliner Parteifreunde in der Ost-West-Auseinandersetzung ebenfalls sehr unbeweglich fand. Albertz sah kurz nach seiner Ankunft in Berlin im Oktober 1955 vor allem Diskussionsbedarf – wie er in einem Brief schrieb – „mit den eigenen Freunden, denn gerade die Westberliner Situation ist ja in der Festungspsychose der letzten Jahre besonders verhärtet, und in einer geradezu unbegreiflichen Illusion meint man hier noch wie in den heroischen Zeiten der Blockade, mit einem bloßen Nein auskommen zu können“.

Zu Beginn der fünfziger Jahre konnte Brandt nicht mehr vermeiden, auch innerparteilich politisch Farbe zu bekennen. Der langjährige Konflikt mit dem Berliner Landesvorsitzenden Franz Neumann war damit endgültig programmiert. Schon Anfang 1950 hatte Brandt „atmosphärische Störungen“ konstatiert, nicht zuletzt, weil der Landesvorsitzende in Brandt einen Konkurrenten zu fürchten begann. Brandt versuchte zwar, alle „unnötigen Reibereien“ zu vermeiden. Aber seine versöhnlichen Briefe an Neumann halfen wenig, da der Machtkampf neben den persönlichen Animositäten politische Ursachen hatte. Die Auffassungen über die richtige Politik in der ehemaligen Hauptstadt gingen weit auseinander. In den Wahlen von 1950 verlor die Berliner SPD ihre Mehrheit. Die Alternative war nun: Beteiligung an einer Koalitionsregierung oder Wechsel in die Opposition. In diesem Konflikt, der auch nach der Neuaufgabe der Dreierkoalition weiter schwelte und immer wieder zum Thema von Landesparteitagen wurde, konnte der Parteivorsitzende Schumacher zunächst vermitteln. Aber als Brandt Anfang 1952 dem Drängen Reuters nachgab und sich entschloss, gegen Neumann als Landesvorsitzender zu kandidieren, brach der Streit erneut aus.

Brandt kritisierte die Einfallslosigkeit der Berliner SPD, die zwar ihre Verdienste aus der Zeit 1945/46 habe, aber, so fügte er 1952 in einer Stellungnahme über die Ursachen der Berliner Krise hinzu: „In der politischen Praxis kann man vom Ruhm vergangener Zeiten allein nicht leben.“ Er forderte, die Rahmenbedingungen Berliner Politik zur Kenntnis zu nehmen: „Sehen wir die Dinge, wie sie sind: Westberlin könnte nicht existieren ohne die Milliarde, die ihm jährlich nach dem jetzigen Stand aus Bundesmitteln zufließt“. Deshalb müsse Berlin, müsse die

Berliner SPD ihr Verhältnis zum Bund klären, und da gebe es keine Alternative; die Bindung an den Bund dürfe nicht durch Vorbehalte bei der Übernahme von Bundesgesetzen gefährdet werden.

Kurz darauf trat Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD Ende Mai 1952 erstmals gegen Franz Neumann an und verlor deutlich. Die Niederlage war vorhersehbar. Nicht erwartet hatte Brandt aber, dass die zur gleichen Zeit wieder kursierenden Diffamierungen seiner Person auch aus den Reihen der Berliner Partei kamen. Fassungslos schrieb Brandt an Schumacher, dass in der Berliner Partei die „echte Auseinandersetzung durch Mittel der Diffamierung“ ersetzt werde. Das geschehe nicht am Stammtisch, sondern „in Kreisvorstandssitzungen und in anderen verantwortlichen Körperschaften“. In einem offenen Brief an die führenden Mitglieder der Berliner Landesorganisation verhehlte Brandt nicht, „erschüttert“ darüber zu sein, dass die eigenen Parteifreunde den „Emigrations-Komplex“ als Argument gegen Reuter und gegen ihn benutzten und zum Thema innerparteilicher Diskussionen machten.

Als Brandt im Frühjahr 1954 Neumann auf einem Landesparteitag wiederum herausforderte, sah die innerparteiliche Landschaft schon ganz anders aus. Er verlor abermals, doch nur sehr knapp. Diesmal fehlten ihm zwei Stimmen. Eine große Mehrheit der Delegierten wählte Brandt anschließend zum zweiten Landesvorsitzenden. Zu dem guten Wahlergebnis hatte vor allem seine nachdenkliche Vorstellungsrede beigetragen, in der er die Berliner SPD beschwor, der „zunehmenden Tendenz zur Isolierung und der zunehmenden Provinzialisierung Berlins“ entgegenzuwirken, die „zur geistigen Verkümmern“ führe.

Brandts Stimme in der Berliner Politik war auch deshalb in den fünfziger Jahren immer deutlicher zu hören und Franz Neumann konnte den Aufstieg Brandts in der Berliner Partei nicht mehr aufhalten. Als Otto Suhr 1955 zum Regierenden Bürgermeister gewählt wurde, folgte Brandt ihm in sein Amt als Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses. Der von Franz Neumann favorisierte Gegenkandidat Willy Kressmann unterlag freilich bei der Abstimmung in der SPD-Fraktion nur knapp.

Sein neues Amt machte Brandt in der Stadt noch bekannter. Die Westberliner Presse zeichnete von ihm das Bild eines modernen und dynamischen Politikers. Gleichzeitig wuchs die Abneigung des Landes-

vorsitzenden Neumann und seiner Anhänger gegen Brandt. Sie konnten indessen nicht verhindern, dass der Präsident des Abgeordnetenhauses am 5. November 1956 durch sein entschlossenes und couragiertes Auftreten das Profil eines Politikers gewann, der berufen schien, zu einem neuen Ernst Reuter zu werden. An diesem Tag versammelten sich über 100 000 Berliner vor dem Rathaus Schöneberg, um gegen die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn durch die sowjetische Armee zu protestieren. Den Erwartungen der aufgebrachten Menge vor dem Rathaus Schöneberg, die über die Sowjetunion ebenso empört war wie über das Stillhalten der Westmächte, waren die offiziell vorgesehenen Redner der Kundgebung in der aufgeregten Atmosphäre auf dem Platz in keiner Weise gewachsen. In der Westberliner Presse wurde vor allem Franz Neumann kritisiert. Er habe als „Parteiredner“ an den Gefühlen der Berliner vorbeigeredet und sich damit „aus der Kandidatenliste für den Posten eines Regierenden Bürgermeisters gestrichen“. Heftige Kritik am Landesvorsitzenden übten auch verschiedene Gliederungen der Berliner SPD. Sie konstatierten eine „geistige Führungslosigkeit“ der Partei und forderten die Einberufung eines Parteitages. Willy Brandt und seiner Frau Rut war es am Abend des 5. November mit Geistesgegenwart und Mut gelungen, erregte und enttäuschte Kundgebungsteilnehmer, die zum Brandenburger Tor ziehen wollten, zu beruhigen und hierdurch eine Eskalation abzuwenden. Alle Beobachter waren sich einig, dass dieser Tag einen Wendepunkt in der politischen Karriere Brandts markiert. Er konnte sicher sein, dass eine ausreichende Mehrheit der Partei hinter ihm stand, wenn eine Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters auf ihn zukommen sollte.

Als Otto Suhr im August 1957 starb, gab es deshalb auch nur kurze Zeit Irritationen über die Nachfolge. Der Versuch Franz Neumanns, renommierte Sozialdemokraten aus dem Bundesgebiet für eine Kandidatur zu gewinnen, scheiterte. Carlo Schmid und Adolf Arndt verweigerten sich. Am 3. Oktober 1957 wählte das Berliner Abgeordnetenhaus Willy Brandt mit 43 Jahren zum Regierenden Bürgermeister von Berlin.

Auch sein Aufstieg in der Berliner SPD war nicht mehr aufzuhalten. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag im Januar 1958 löste Willy Brandt nach längerem innerparteilichen Streit den seit 1946 im Amt befindlichen Franz Neumann als Landesvorsitzenden der Berliner SPD ab. Brandt zögerte zunächst, auch innerparteilich die ‚Machtfrage‘ zu

stellen, denn das hieß ein weiteres und – wie sich zeigen sollte – letztes Mal Franz Neumann herauszufordern. Nachdem er sich allerdings entschieden hatte und nachdem auch alles gut gegangen war, kommentierte er schon kurz darauf die Übernahme dieser ‚zusätzlichen Aufgabe‘ – wie er dazu sagte – als notwendig. Tage nach seiner Wahl schrieb er in einem Brief an enge Freunde aus der Zeit der Emigration: „Es war unvermeidlich, die Dinge hier einmal zur Entscheidung zu bringen. Es wird noch eine Reihe von Schwierigkeiten geben, aber ich hoffe, daß wir damit fertig werden.“

Die Schwierigkeiten in der Berliner SPD, die aus dem Konflikt zwischen Franz Neumann und Willy Brandt resultierten, waren noch längere Zeit nicht zu Ende. Aber die direkten Konfrontationen gehörten der Vergangenheit an.



Abgeordnetenhaus, Festsitzung anlässlich des 10. Jahrestages der Überreichung der Freiheitsglocke



Verabschiedung von Franz Neumann als Abgeordneter im Rathaus Schöneberg, 3.3.1960. Parlamentspräsident Willy Henneberg überreicht Franz Neumann eine Bärenplastik.

„Ein Mensch der Taten“

Walther G. Oschilewski, Journalist und Historiker, Feuilleton-Chef des „Telegraf“, in „Berliner Stimme“ vom 9. August 1969:

Wie immer man Franz Neumanns politische Laufbahn beurteilen und bewerten mag – sein Name wird mit vielen opferreichen und drangvollen Ereignissen der Berliner Nachkriegsgeschichte verknüpft bleiben, wenn auch sein Weg mancherlei Irrtümern und Fehleinschätzungen unterworfen war.

Denjenigen, die ihn nahezu fünfzig Jahre kennen und ihn immer wieder erlebt haben, fällt es schwer, über ihn wegen mancher „psychologischen Ungeschicklichkeiten“ den Stab zu brechen. Seine Jahre zählen, die vor 1933, die schweren der Nazizeit und die während des Aufbaus einer unabhängigen SPD. Jedenfalls bedeuten sie mehr als die völlig apolitischen, pseudorevolutionären Tiraden mancher APOisten, bei denen die Gesellschaftsveränderung bei der völlig unrealistischen Räteidee anfängt, deren Praktizierung wir uns vor 50 Jahren schon an den Stiefelsohlen abgelaufen haben, und die, was so sicher wie das Amen in der Kirche ist, in einem abstrusen Anarchismus enden wird. Revolutionäre Projektionen sind schön, aber sie taugen nichts, wenn man die Differenziertheiten, das Gewordene der heutigen modernen Industriegesellschaft und ihre Menschen mit berücksichtigt.

Was mir immer wieder wichtig erscheint, ist die Betrachtung und Anerkennung elementarer Aktionen, die zu objektiven Fakten geschichtsformender Mächte werden. Im Hinblick auf Franz Neumanns Werden und Wollen kommt man aus dem hier gegebenen Anlass zu dem Schluss, dass politische Notwendigkeiten zunächst durch Tatmenschen im richtigen Augenblick entsprochen werden. Dafür gibt es in der Geschichte, zumindest seit der Großen Französischen Revolution von 1789, viele Beispiele. Sicherlich war und ist Franz Neumann kein intellektueller, sondern ein praktischer Politiker. Spontaneität und



Franz Neumann während einer Kundgebung in Düsseldorf
„Berlin ruft die Welt“ am 11.9.1948

Intuition sind die spezifischen Merkmale seines politischen Handelns. Hinzu kam oft sein draufgängerischer Mut, die Dinge, um die es geht, in ihrer Notwendigkeit anzupacken, ebenso Beharrlichkeit. Zu ihnen gehört auch ein starkes Selbstgefühl, das seinen Freunden mitunter einiges zu schaffen macht – aber Menschen sind eben Menschen und keine Engel.

Sicher ist, dass seine Ursprünglichkeit oft frappierend ist, sein Gedächtnis für politische Ereignisse enorm. Er redet, wie es ihm die Situation und das Gewissen eingeben, auch wenn es nicht immer das Richtige ist. Und wenn auch seine Dispute und Argumentationen keine stilistische Ziselierarbeit sind, so sind sie bildkräftig und oft mit Sentenzen gewürzt, die den Nagel auf den Kopf treffen. Er hat die Stimme und die Gebärde eines Volksmannes, dem es auf unmittelbare Wirkung ankommt.

Arno Scholz, Gründer und Chefredakteur des „Telegraf“
im „Telegraf“ vom 14. August 1969:

Franz Neumann ist immer eigenwillig gewesen und hat es anderen, aber auch sich selber nicht leicht gemacht. Er war stets kompromisslos, auch gegenüber seinen eigenen Parteifreunden, und er hat nie recht einsehen wollen, dass Politik die Kunst des Möglichen ist, insbesondere in einer Koalition.

Ernst Reuter hatte es sehr viel schwerer als seine Nachfolger, nämlich keine sozialdemokratische Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus. Trotzdem verlangte der Landesvorsitzende der SPD von ihm eine kompromisslose Haltung.

Auch im Bundestag hat es Franz Neumann seinen eigenen Parteifreunden oft schwer gemacht, zu ihm zu halten, und wenn er heute zurückblickt, wird er sich vielleicht selbst eingestehen, dass er manchem, der sein Freund sein wollte, nicht aber sein Diener, oft mehr vor den Kopf gestoßen hat als politische Gegner.

Franz Neumann hat mit persönlichem Einsatz und Mut – auch gegen-

über Besatzungsbehörden – wesentlich dazu beigetragen, die Berliner Sozialdemokraten vor der Zwangsvereinigung zu bewahren. Wäre sie nicht zu verhindern gewesen, dann hätte nicht nur die sowjetisch besetzte Zone, sondern auch West-Berlin eine kommunistische Führung bekommen, und die drei westlichen Besatzungsmächte wären längst nicht mehr in Berlin.

Dass wenigstens West-Berlin eine freie Stadt ist, die eng verbunden ist mit der Bundesrepublik, daran hat Franz Neumann unbestritten einen großen Anteil.

Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin
in „Berliner Stimme“ vom 10. August 1974:

... Die Reihen derer, die Franz Neumann aus den Jahren des durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zerstörten Nachkriegsberlins kennen, haben sich gelichtet. Diejenigen, die an seiner Seite standen, als er, der Vater der Urabstimmung, die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der Berliner SPD gesichert hatte, erinnern sich an den Mut und die Beharrlichkeit, gepaart mit seiner natürlichen Spontaneität, mit der er an die Dinge herangegangen ist.

Das hatte nicht nur für die Partei existentielle Bedeutung. Es hatte Auswirkungen für die ganze Stadt. Auch bei denen, die diese Zeit nicht miterlebten, gibt es heute keine geteilte Meinung über die Richtigkeit dieser Entscheidung ... In Anerkennung der geschichtlichen Verdienste Franz Neumanns für Berlin, wurden ihm am 20. Oktober 1971, dem 25. Jahrestag der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, die Ehrenbürgerrechte des Landes und der Stadt Berlin verliehen.

Franz Neumann war nicht immer ein bequemer Sozialdemokrat ... wir wollen und wir Sozialdemokraten in Berlin brauchen auch heute Franz Neumann, und das über möglichst viele Jahre.

Und wir brauchen ihn nicht nur um unserer Tradition willen – obwohl auch das wichtig ist. Wir brauchen Franz Neumann auch und vor allem, um unsere Aufgaben in der Zukunft meistern zu können.



Franz Neumann bei der Verteilung von Weißbrot an Rentner in der Siedlung „Freie Scholle“, 1945

Franz Neumann 1904-1974

Lebensdaten

Am 14. August 1904 wurde Franz Neumann in Berlin geboren – Kind einer Arbeiterfamilie im Berliner Bezirk Friedrichshain. Er wuchs in einer sechsköpfigen Familie unter arg bedrängten Wohnverhältnissen auf, besuchte die Volksschule und begann - 14jährig - eine Schlosserlehre.

1919 trat er dem Deutschen Metallarbeiterverband bei. Im folgenden Jahr wurde er Vorsitzender der Berliner Metallarbeiterjugend und 1920 auch Mitglied der SPD, zu deren Zielen er sich länger als ein halbes Jahrhundert bekannte. An der Heimvolkshochschule Tinz und im Sozialpolitischen Seminar der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin fand er Chancen der Weiterbildung, um von 1926 an als Jugendfürsorger beim Magistrat von Groß-Berlin ausgebildet zu werden.

Seit 1929 mit Gertrud Jänichen verheiratet, wohnte er in der Reinickendorfer Wohnsiedlung „Freie Scholle“, einem Zentrum sozialdemokratischer Kommunalpolitik. 1933 in das Reinickendorfer Bezirksparlament gewählt, verwehrte ihm das NS-Regime die Ausübung seines Mandats. Er verlor seine jugendpflegerische Arbeit im städtischen Dienst.

1934 wurde er von der Geheimen Staatspolizei verhaftet und schwer misshandelt. Das Berliner Kammergericht verurteilte ihn wegen des „hochverräterischen Unternehmens“, den „organisatorischen Zusammenhalt der SPD aufrechtzuerhalten“ zu einer eineinhalbjährigen Gefängnisstrafe. Der Haftzeit folgte die übliche Polizeiaufsicht. Er fand eine Tätigkeit in der Berliner Metallindustrie und suchte, seine Kontakte zu politischen Freunden zu bewahren.

Nach dem Ende des Krieges 1945 beteiligte er sich an der Neugründung der SPD in Berlin. Er wurde ihr Reinickendorfer Kreisvorsitzender und zeitweise stellvertretender Bürgermeister des Stadtbezirks. Im folgenden Jahr übernahm er eine führende Rolle im Kampf um die Erhaltung einer eigenständigen Sozialdemokratie in der

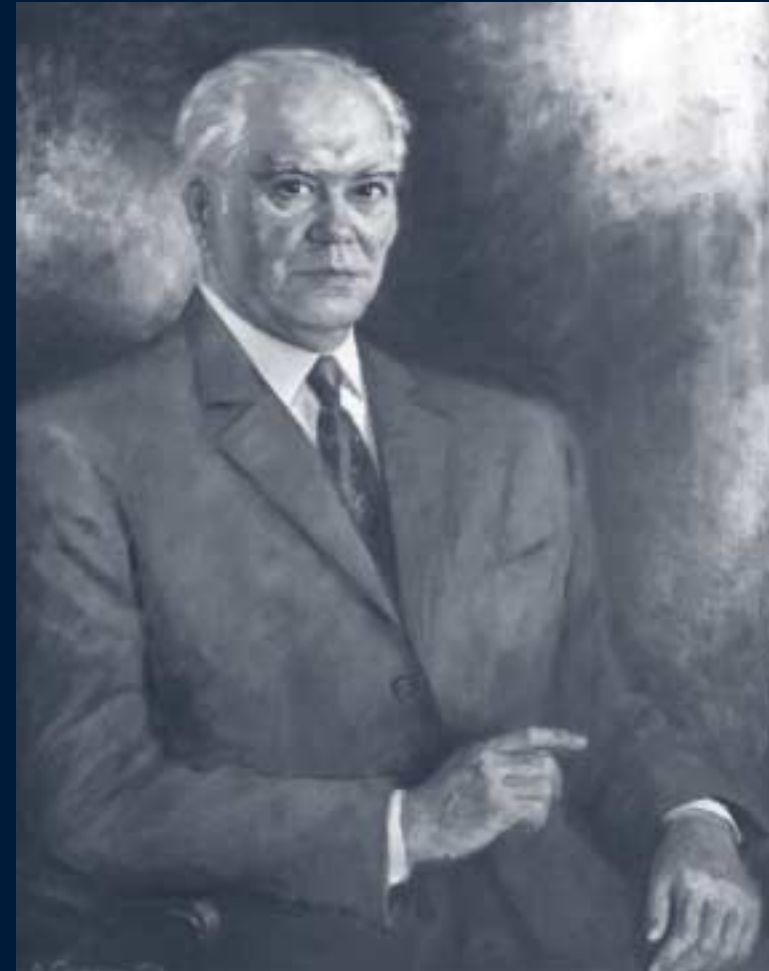
Vier-Sektoren-Stadt Berlin: Er war maßgeblich daran beteiligt, dass die Berliner SPD der von der sowjetischen Besatzungsmacht erzwungenen Verschmelzung mit der KPD zur SED eindringlich widersprach – in einer Urabstimmung ihrer Mitglieder in den drei Westsektoren Ende März 1946.

Zwölf Jahre lang war Franz Neumann Vorsitzender der Berliner SPD (1946-1958), 14 Jahre lang Mitglied des Landesparlamentes – zunächst der Stadtverordnetenversammlung, dann des Abgeordnetenhauses (1946-1960), 20 Jahre lang Bundestagsabgeordneter (1949-1969) und 28 Jahre lang Mitvorsitzender der Berliner Arbeiterwohlfahrt (1946-1974).

In den 50er Jahren war Franz Neumanns Verhältnis zu den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter und Otto Suhr nicht immer frei von Spannungen, wenn sich die Frage stellte, wieweit West-Berlin eigenständige Elemente seiner Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik mit der angestrebten Einbindung der Stadt in die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland vereinbaren konnte. Als Franz Neumann nach dem Tode Suhrs der Wahl Willy Brandts in das Amt des Regierungschefs widersprach, verlor er Zustimmung in den Reihen der Berliner SPD und in der Öffentlichkeit.

1965 ernannte die Technische Universität den ehemaligen Metallarbeiter, der sich in seiner parlamentarischen Arbeit für die Belange der Hochschule eingesetzt hatte, zum Ehrensensator.

1971 wurde er Ehrenbürger Berlins. Sein Leben endete am 9. Oktober 1974.



Herausgeber:

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
in Zusammenarbeit mit dem Franz-Neumann-Archiv Berlin e.V.

Auswahl und Kommentierung der Dokumente:

Prof. Sieglinde Heppener und Dr. Manfred Rexin

Redaktion:

Dr. Manfred Rexin, Siegfried Heimann, René Rögner-Francke, Karin Brandes

Abbildungen:

Titel (Franz Neumann-Porträt), S. 7, 11, 16, 17, 19, 26, 33, 35, 43, 45, 51, 60, 66, 73, 76:
Franz-Neumann-Archiv Berlin e.V.

Titel (Abgeordnetenhaus), S. 2, 5, 14, 20, 23, 36, 48, 65, 71, 79: Landesarchiv Berlin

S. 12: AKG images GmbH

S. 34: Bundesbildstelle

S. 46: Stadtarchiv Nürnberg, Fotograf Ray D'Addario

S. 54: Gedenkstätte Deutscher Widerstand / Berlin

S. 55: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Fotograf Richard Perlia

S. 59: Sächsisches Strafvollzugsmuseum Waldheim / 04736 Waldheim

Gestaltung:

Goscha Nowak

Herstellung:

Mercedes-Druck GmbH, Berlin

1. Auflage

November 2005